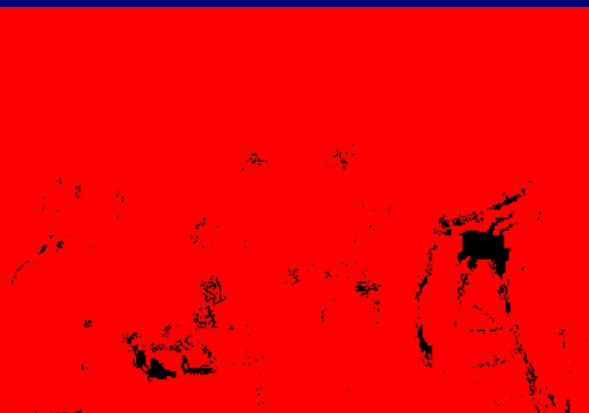
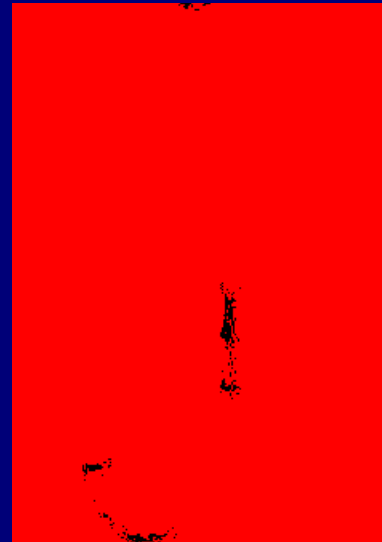
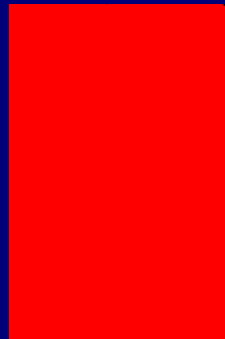
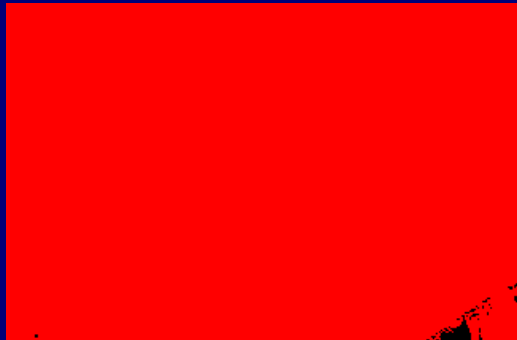
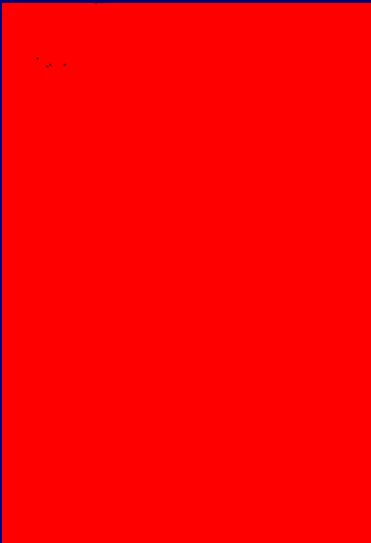


Beratung ohne Antisemitismus

Handreichung für eine antisemitismussensible Beratungspraxis





Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhalt

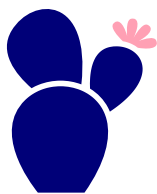
- 4** Die Arbeit von ADIRA & SABRA
- 6** Wozu Beratung ohne Antisemitismus?
- 10** Jüdisches Leben in Deutschland
- 20** Israel als Teil jüdischer Identität
- 24** Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen
- 46** Antisemitismus und Beratung
- 58** Ablaufplan bei antisemitischen Vorfällen
- 62** Checkliste für Beratungsstellen
- 68** Weiterführende Materialien und Literatur
- 74** Fach- und Anlaufstellen
- 84** Quellenverzeichnis



Die Arbeit von ADIRA & SABRA

Wer wir sind

SABRA und ADIRA sind zwei durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Beratungsstellen für Antidiskriminierungsarbeit und Teil eines Netzwerks (ada.nrw) von über 40 Beratungsstellen, an die sich Betroffene von Diskriminierung wenden können. SABRA befindet sich in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, ADIRA in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Dortmund. Beide Stellen arbeiten schwerpunktmäßig zum Themenfeld Antisemitismus.



SABRA

Servicestelle für
Antidiskriminierungsarbeit
Beratung bei Rassismus und
Antisemitismus

SABRA ist einerseits Akronym für *Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus*, andererseits der hebräische Begriff für Kaktusfeige, welcher auch als Bezeichnung für in Israel geborene Jüdinnen*Juden verwendet wird. Die Stelle wurde im Jahr 2017 eingerichtet.



ADIRA ist zum einen ein weiblicher hebräischer Vorname, der mit *Stärke* oder *Macht* übersetzt werden kann, zum anderen ist er die Abkürzung für *Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus*. Die Stelle wurde im Jahr 2020 eingerichtet.

Unsere Arbeit

Die Arbeit von SABRA und ADIRA umfasst die Beratung von Betroffenen von Antisemitismus (landesweit) und Diskriminierung (lokal im Raum Düsseldorf bzw. Dortmund) nach den Standards qualifizierter Antidiskriminierungsberatung. Außerdem leisten sie psychosoziale Unterstützung für Ratsuchende, informieren zu rechtlichen Möglichkeiten und begleiten bei weiteren Schritten. Des Weiteren sind beide Stellen in der Bildungs- und Präventionsarbeit zum Thema Antisemitismus tätig und engagieren sich in der Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie international¹. Als zivilgesellschaftliche Beratungsstellen in jüdischer Trägerschaft ist es das zentrale Anliegen von SABRA und ADIRA, jüdische Perspektiven, insbesondere zum Thema Antisemitismus, in allen relevanten Bereichen einzubringen und dafür zu sensibilisieren. Dies umfasst neben der Bekämpfung jeglicher Formen von Antisemitismus in allen politischen und gesellschaftlichen Milieus auch die Anerkennung und Berücksichtigung jüdischer religiöser und kultureller Traditionen.

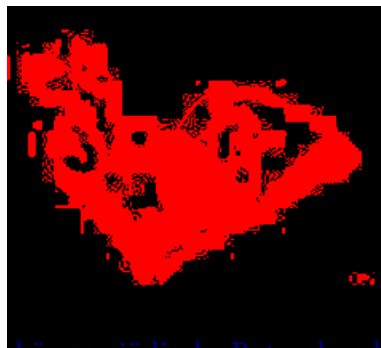
¹ SABRA beteiligt sich unter anderem am Netzwerk European Practitioners Network against Antisemitism, über das gemeinsame Projekte mit dem in Athen ansässigen Interorthodox Centre of the Church of Greece entstanden sind.

Wozu Beratung ohne Antisemitismus?

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich in vielfältigen Formen äußert und für Betroffene tiefgreifende Folgen haben kann. Antisemitische Vorfälle nehmen in den letzten Jahren massiv zu und führen zu einem Verlust des Sicherheitsgefühls vieler Jüdinnen*Juden². Für Beratungsstellen als Angebote der Sozialen Arbeit bedeutet dies besondere Verantwortung: Sie arbeiten oft mit Menschen in vulnerablen Lebenslagen, die auf Schutz und empathische Begleitung angewiesen sind. Dabei leisten sie eine herausfordernde und zugleich unverzichtbare Arbeit auf hohem Niveau. Dennoch werden Antisemitismus und jüdische Identitäten in Beratungs- und Unterstützungssystemen nicht immer ausreichend berücksichtigt.

Seit der Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sind im Jahr 2006 in Deutschland zahlreiche Antidiskriminierungsstellen entstanden. Allerdings beraten nur wenige dieser Einrichtungen explizit zu antisemitischen Vorfällen oder Antisemitismus wird nicht als eigenständige Form von Abwertung und Diskriminierung benannt. In Beratungsfeldern, die zu anderen Problemlagen arbeiten und dabei Diskriminierung nicht zwingend thematisieren, kann dieser Umstand noch stärker ausgeprägt sein. Im ungünstigsten Fall führt dies dazu, dass Antisemitismuserfahrungen von Betroffenen relativiert oder erst gar nicht als solche erkannt werden.

2 Diese Broschüre gendert hier und im Folgenden mit Jüdinnen*Juden, um auch Geschlechtsidentitäten sichtbar zu machen, die sich nicht in einer binären Geschlechterordnung wiederfinden. Für das Gendern von Jüdinnen*Juden gibt es unterschiedliche Möglichkeiten sowie verschiedene Haltungen in der jüdischen Gemeinschaft hierzu, vgl. Latkes Berlin (2020) und Jüdische Allgemeine (2021).



Zwar können jüdische Ratsuchende Beratungsstellen mit ganz unterschiedlichen Anliegen kontaktieren, bei denen ihre jüdische Identität oder Erfahrungen von Antisemitismus keine Rolle spielen oder nicht explizit thematisiert werden. Dennoch können diese Aspekte im Verlauf eines Beratungsprozesses relevant werden oder im Hintergrund wirksam sein. Zugleich kann Antisemitismus auch ohne direkt Betroffene artikuliert werden. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn Ratsuchende oder Kolleg*innen sich antisemitisch äußern. Eine antisemitismuskritische Sensibilität ist daher nicht nur für spezialisierte Beratungsstellen relevant, sondern als Querschnittskompetenz in allen Bereichen personenbezogener Beratung zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund setzt die vorliegende Broschüre *Beratung ohne Antisemitismus* an. Sie verfolgt das Ziel, Fachkräfte in unterschiedlichen Beratungsfeldern für die spezifischen Herausforderungen antisemitischer Diskriminierung und die Vielfalt jüdischer Lebensrealitäten zu sensibilisieren und sie dadurch in ihrer professionellen Handlungssicherheit zu stärken.

Die Broschüre richtet sich daher insbesondere an Fachkräfte der Sozialen Arbeit sowie an alle, die in ihrem beruflichen Kontext beratend tätig sind. Dazu zählen unter anderem Antidiskriminierungs-, Sozial-, Frauen-, Familien- und Migrationsberatungsstellen, Fachberatungsstellen aus den Bereichen Gewaltschutz und Demokratieförderung, die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) sowie weitere psychosoziale Beratungsangebote. Darüber hinaus wendet sich die Broschüre auch an Mitarbeitende von Behörden und öffentlichen Einrichtungen, die im direkten oder indirekten Kontakt mit (jüdischen) Bürger*innen stehen, etwa in Jobcentern, kommunalen Ämtern oder sozialpsychiatrischen Diensten.

Ein zentrales Anliegen der Broschüre ist es, Antisemitismus als eigenständiges Phänomen mit spezifischen Funktionen begreifbar zu machen, welches unterschiedliche Erscheinungsformen aufweist. Gesellschaftliche Krisen und Ereignisse – wie etwa der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 oder auch die COVID-19-Pandemie – wirken dabei oft als Verstärker antisemitischer Einstellungen und haben für Jüdinnen*Juden in Deutschland und weltweit eine einschneidende Wirkung. Dies erfordert eine Beratungspraxis, die über eine allgemeine diskriminierungskritische Haltung hinausgeht und über fundiertes Wissen zu Erscheinungsformen, Funktionen und gesellschaftlichen Kontexten von Antisemitismus verfügt.

Die Broschüre bietet zu diesem Zweck eine Einführung in jüdische Lebenswelten in Deutschland, beleuchtet Besonderheiten antisemitischer Diskriminierung und zeigt auf, welche fachlichen Anforderungen sich daraus für eine antisemitismussensible Beratungsarbeit ergeben. Ergänzend stellt sie praxisorientierte Materialien zur Verfügung, darunter Hinweise zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen, eine Checkliste für Beratungsstellen, Literaturhinweise sowie eine Übersicht relevanter Fach- und Anlaufstellen. Auf diese Weise soll die Broschüre Fachkräften aus verschiedenen Beratungsfeldern einen fundierten Einstieg in eine Beratung ohne Antisemitismus ermöglichen und einen Beitrag zu einer sensibleren, solidarischen und professionellen Beratungslandschaft leisten.

**Gesellschaftliche Krisen und Ereignisse
- wie etwa der Angriff der Hamas auf
Israel am 7. Oktober 2023 oder auch die
Covid-19-Pandemie - wirken dabei oft als
Verstärker antisemitischer Einstellungen
und haben für Jüdinnen*Juden in Deutsch-
land und weltweit eine einschneidende
Wirkung.**

↓ Düsseldorf, Dezember 2024: Ein Plakat an der Heinrich-Heine-Universität, das mit Fotos der Geiseln und der Aufschrift „Bring them home now“ an die Geiseln in Gaza erinnert, wurde mehrfach mit weißer und brauner Farbe beschmiert. Das Plakat mit den Geiseln wurde in den folgenden Monaten nicht wieder aufgehängt. © RIAS NRW



↑ Dortmund, Oktober 2023: Moderne Form der Ritualmordlegende auf einem antisemitischen Plakat während einer israelfeindlichen Demonstration. © Friedrich Kraft

Jüdisches Leben in Deutschland

Für eine Beratung ohne Antisemitismus ist zunächst ein Grundwissen über aktuelle jüdische Lebensrealitäten und Perspektiven von zentraler Bedeutung. Dieser Teil sollte unseres Erachtens nach Grundlage und Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Antisemitismus sein, weil hierdurch ein positiver Fokus auf den primär Betroffenen liegt und ein problemzentrierter Ansatz so weit wie möglich vermieden wird. Unter jüdischem Leben verstehen wir im Folgenden die Gesamtheit der religiösen, kulturellen und sozialen Lebensweisen von Jüdinnen*Juden in Deutschland. Dazu gehören etwa religiöse Praktiken und Traditionen, Zugehörigkeiten zu Gemeinden oder Organisationen, familiäre und biografische Erfahrungen, Bildung und berufliche Tätigkeiten sowie alltägliche Formen sozialer und kultureller Teilhabe.



Was bedeutet jüdisch?

Das Judentum ist sowohl eine monotheistische Religionsgemeinschaft als auch eine ethnische Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wird mitunter vom *jüdischen Volk* gesprochen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein völkisches oder ethnisch homogenes Konstrukt, sondern um eine Gemeinschaft, die sich durch eine große Vielfalt in Geschichte, Sprache, Herkunft sowie religiösen und kulturellen Prägungen auszeichnet (→ siehe auch Abschnitt *Jüdische Diversität*, S. 15). Wichtige religiöse Grundlagen sind die Tora als heilige Schrift und Offenbarung Gottes sowie der Talmud als mündliche Überlieferung und Erklärung zu Ver- und Geboten im Judentum.

Die Zugehörigkeit zum Judentum ist jedoch nicht zwingend an den religiösen Glauben gebunden. Es gibt daher Jüdinnen*Juden, die ihre jüdische Identität nicht religiös verstehen, sondern kulturell oder ethnisch. Nach dem jüdischen Religionsgesetz (Halacha) gilt als jüdisch, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde. Darüber hinaus identifizieren sich viele Menschen mit jüdischem Vater aufgrund ihrer Sozialisation und biografischen Erfahrungen als jüdisch.³

Grundsätzlich ist das Judentum keine missionierende Religion: Ein Übertritt ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich, wird jedoch nicht aktiv angestrebt. Die meisten jüdischen Menschen bezeichnen sich selbst als Jude oder Jüdin; dies ist eine selbst gewählte und etablierte Eigenbezeichnung. Da der Begriff *Jude* historisch wie auch gegenwärtig teilweise abwertend verwendet wurde und wird, greifen viele nichtjüdische Personen aus Unsicherheit auf Ausdrücke wie *jüdische Mitbürger*innen* oder *Personen jüdischen Glaubens* zurück. Solche Formulierungen sind jedoch aus verschiedenen Gründen problematisch (→ siehe Kapitel zu Othering, S. 44). Daher plädieren wir dafür, von Jüdinnen*Juden oder von jüdischen Menschen zu sprechen – auch in Beratungskontexten.

3 Zum Überblick zu der Frage nach der Zugehörigkeit zum Judentum, vgl. Lombard (2022).

Wie ist das jüdische Leben in Deutschland organisiert?

Trotz demografischer Herausforderungen, wie etwa Überalterung, zählt die jüdische Gemeinschaft in Deutschland gegenwärtig zu den dynamischsten und vielfältigsten in Europa. Nach der Shoah⁴ gewaltsam stark verringert, erholte sie sich insbesondere durch die Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge nach der Wiedervereinigung 1990. Schätzungen zufolge leben heute rund 200 000 jüdische Menschen in Deutschland, von denen etwa 91 000 in jüdischen Gemeinden organisiert sind – rund 90 Prozent von ihnen haben eine postsowjetische Migrationsgeschichte.⁵ (→ siehe Kapitel zu Migrationsgeschichten in den jüdischen Gemeinden, S. 14)

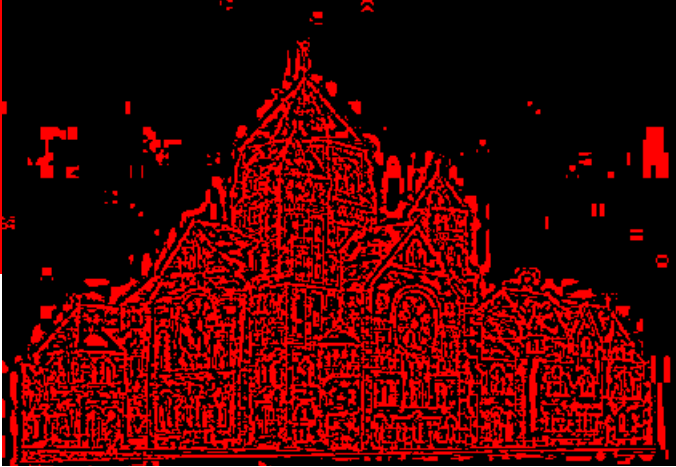
Jüdisches Leben in Deutschland findet in hohem Maße innerhalb dieser Gemeinden statt, die in zahlreichen deutschen Städten bestehen und je nach Region unterschiedlich große Einzugsgebiete haben. Die größten jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen befinden sich in Düsseldorf, Köln und Dortmund. Viele jüdische Gemeinden sind sogenannte Einheitsgemeinden. Das bedeutet, dass sie sich an der orthodoxen Tradition orientieren, zugleich jedoch Raum für verschiedene Strömungen des Judentums bieten. Hintergrund hierfür ist, dass es in den meisten Städten nicht ausreichend viele jüdische Menschen gibt, um mehrere Gemeinden unterschiedlicher religiöser Ausrichtung zu unterhalten. Daneben bestehen jedoch auch ausdrücklich liberale Gemeinden sowie kleinere Gemeinden der orthodoxen Chabad-Bewegung.

Jüdische Gemeinden übernehmen dabei nicht nur religiöse Aufgaben, sondern bieten darüber hinaus soziale Angebote, kulturelle Veranstaltungen sowie Freizeitaktivitäten für unterschiedliche Zielgruppen an. Größere Gemeinden betreiben oft auch Kindertagesstätten, Schulen oder Senior*innenwohnheime und übernehmen weitere Aufgaben der Sozialen Arbeit. Die meisten Gemeinden sind auf

4 Der Begriff Shoah kommt aus dem Hebräischen und heißt Katastrophe. Generell meint man mit Shoah die ideologisch vorbereitete und industriell durchgeführte Vernichtung von sechs Millionen Juden und Jüdinnen während der Zeit des Nationalsozialismus, vgl. Yad Vashem (o. J.).

5 Vgl. Mediendienst Integration (2025).

← Neue Synagoge in Dortmund



↑ Große Synagoge in Köln

↑ Synagoge in Düsseldorf

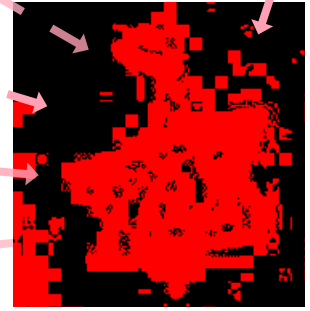
regionaler oder landesweiter Ebene in Landesverbänden organisiert, die ihre Interessen gegenüber den jeweiligen Landesregierungen vertreten. Diese Verbände verwalten zudem finanzielle Mittel, welche die Bundesländer im Rahmen von Staatsverträgen zur Förderung und zum Schutz jüdischen Lebens bereitstellen.

Auf Bundesebene fungiert der 1950 gegründete *Zentralrat der Juden in Deutschland* als Dachorganisation und politische Interessenvertretung. Ihm gehören derzeit 104 Gemeinden und 23 Landesverbände an.⁶ Der Zentralrat stellt vielfältige Angebote für die Gemeinden bereit, organisiert größere Veranstaltungen und gibt die Zeitung *Jüdische Allgemeine* heraus. Daneben bestehen mit der *Union progressiver Juden* (UPJ) und dem *Jüdischen Egalitären Verband* (JLEV) zwei Bundesverbände liberaler Gemeinden, denen insgesamt 37 Gemeinden angehören.⁷ Ergänzend dazu existiert mit der *Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden* (ZWST) ein bundesweiter Wohlfahrtsverband, der insbesondere jüdische Sozialarbeit, Jugendarbeit und Integrationsarbeit fördert. Des Weiteren gibt es noch verschiedene jüdische Organisationen, wie z. B. Hochschulgruppen, Sportvereine oder freie Initiativen.

6 Vgl. Zentralrat der Juden (o. J.).

7 Vgl. Union progressiver Juden (o. J.) sowie Jüdischer Egalitärer Verband (o. J.).

Hintergrund: Migrationsgeschichten in den jüdischen Gemeinden



Die sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge, vorwiegend aus der Ukraine und Russland, kamen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre nach Deutschland, getrieben von wirtschaftlicher Unsicherheit – aber auch auf der Flucht vor Antisemitismus in ihren Herkunftsländern. Sie erhielten in der Bundesrepublik gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht und Integrationshilfe. Bis 2005 wanderten mehr als 200 000 Jüdinnen* Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein, was die jüdischen Gemeinden stabilisierte und zu einem starken Mitgliederzuwachs führte.⁸

Die Integration der Kontingentflüchtlinge brachte verschiedene Herausforderungen mit sich. Viele der Neuankömmlinge waren mit jüdischen Traditionen nur rudimentär vertraut, da sie in der Sowjetunion keine Möglichkeit hatten, ihre Religion auszuüben und brachten zudem andere kulturelle Hintergründe mit. Dennoch haben die jüdischen Gemeinden diese Transformation gut bewältigen können.⁹ Auch heute wirkt sich diese Entwicklung auf das Gemeindeleben aus: russisch gehört hier oft zur Verkehrssprache und Informationen werden zweisprachig veröffentlicht. Dennoch bleiben Antisemitismus, Sprachbarrieren und sozialer Ausschluss ernsthafte Herausforderungen. Ein gravierendes Problem ist zudem die Altersarmut jüdischer Zuwanderer*innen im Rentenalter, wovon 93 Prozent dieser Gruppe betroffen sind. Gründe hierfür sind unter anderem, dass ihre Erwerbstätigkeit oder Berufsabschlüsse in den Herkunftsländern nicht anerkannt werden und in Deutschland der Zugang zum Arbeitsmarkt dadurch erschwert wurde.¹⁰

8 Vgl. Mediendienst Integration (2025).

9 Für weitergehende Informationen zur Migrationsgeschichte von Jüdinnen* Juden in Deutschland, vgl. Körber (2016).

10 Vgl. Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (2022).



Jüdische Diversität

Insgesamt ist das jüdische Leben in Deutschland vielfältig: Es gibt orthodoxe, konservative und liberale Strömungen. Gleichzeitig lebt ein Teil der Jüdinnen*Juden säkular und ohne Mitgliedschaft in einer Gemeinde. Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung – und damit auch der jüdischen Berater*innen – hat einen postsowjetischen Hintergrund. In manchen Regionen wie etwa Berlin gibt es zudem eine relevante wachsende israelische Bevölkerungsgruppe, die die jüdische Landschaft in Deutschland ebenfalls prägt. Hinzu kommen unterschiedliche kulturelle Prägungen durch aschkenasische, sephardische und misrachische Herkunft, die sich in religiösen Traditionen, Musik, Sprache, Speisegewohnheiten und Feiertagsbräuchen widerspiegeln.¹¹ Die jüdische Diversität manifestiert sich nicht nur in religiösen Unterschieden, sondern auch in sozialen und kulturellen Identitäten. Diese werden beispielsweise durch queere jüdische Initiativen wie Keshet Deutschland e. V. sichtbar, die LGBTQ*-Perspektiven innerhalb jüdischer Gemeinschaften stärken und inklusive Räume schaffen.

11 Vgl. Bloch (2023).

Eine antisemitismussensible Beratung muss diese Vielfalt berücksichtigen und darf jüdische Menschen nicht auf eine vermeintlich ‚typische‘ jüdische Identität reduzieren. Gerade mit Blick auf postsowjetische Jüdinnen*Juden ist es wichtig, nicht automatisch religiöse Praxis, Gemeindeanbindung oder bestimmte kulturelle Ausdrucksformen vorauszusetzen. Viele Beratungsnehmer*innen definieren ihr Jüdischsein eher über Herkunft, Familiengeschichte oder gemeinsame Erfahrungen von Ausgrenzung als über Religion. Gleichzeitig teilen viele Jüdinnen*Juden die Erfahrung, nicht Teil der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft zu sein. Jüdisches Leben wird häufig verzerrt wahrgenommen – etwa durch eine Reduktion auf die Shoah, durch exotisierende Vorstellungen oder durch historisch tradierte Stereotype. Diese Wahrnehmungen können auch in Beratungskontexten wirksam werden.

Intersektionalität

Menschen können von mehreren Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen sein und ihre Erfahrungen lassen sich nur dann vollständig verstehen, wenn alle diese Formen berücksichtigt werden. Das Konzept der Intersektionalität versucht dies aufzugreifen. Es beschreibt, wie sich unterschiedliche Identitäten überschneiden, gleichzeitig wirken und sich sogar verstärken können. Der Begriff verweist auf das Bild einer Straßenkreuzung (englisch: *intersection*), an der verschiedene Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zusammentreffen. Intersektionalität geht davon aus, dass gesellschaftliche Kategorien wie Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung, Behinderung, Alter oder Religion nicht isoliert nebeneinander stehen, sondern miteinander verflochten sind. Diese Verflechtungen erzeugen komplexe Muster von Privilegierung und Benachteiligung, die in unterschiedlichen Kontexten jeweils anders ausgeprägt sein können.

Für in Deutschland lebende Jüdinnen*Juden bedeutet das, dass sie zum Beispiel zusätzlich zum Antisemitismus auch von Antislawismus oder anti-osteuropäischem Rassismus betroffen sein können. Jüdinnen*Juden of Color erleben darüber hinaus weitere Formen rassistischer Diskriminierung.



Gerade hier ist es wichtig, Rassismus und Antisemitismus klar voneinander zu unterscheiden, um die spezifischen Erfahrungen besser erfassen zu können. Rassismen funktionieren häufig über die Zuschreibung vermeintlicher Minderwertigkeit, die Betroffene abwerten und ihre Unterdrückung legitimieren soll. Antisemitismus hingegen beruht vordergründig (aber nicht ausschließlich) auf einer Zuschreibung von Überlegenheit und Macht. Aus dieser Vorstellung erwächst sein eliminatorischer Charakter, der Jüdinnen*Juden nicht als minderwertig, sondern als bedrohlich und übermächtig konstruiert und damit die Grundlage für spezifische Formen antisemitischer Gewalt bildet. Auch die Funktion von Antisemitismus als Welterklärungsmodell gründet auf diesem Aspekt und stellt einen weiteren wichtigen Unterschied zu Formen des Rassismus dar. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass diese Unterscheidung keine Hierarchisierung bedeutet, sondern auf analytischer Ebene erfolgt. In der Auswirkung für Betroffene ist es erst einmal unerheblich, ob sie rassistisch oder antisemitisch abgewertet werden – der Schmerz ist der Gleiche. Jedoch spielen die jeweiligen Spezifika für die fachliche Einordnung in der Beratung eine Rolle und sollten daher berücksichtigt werden.

Transgenerationale Traumata

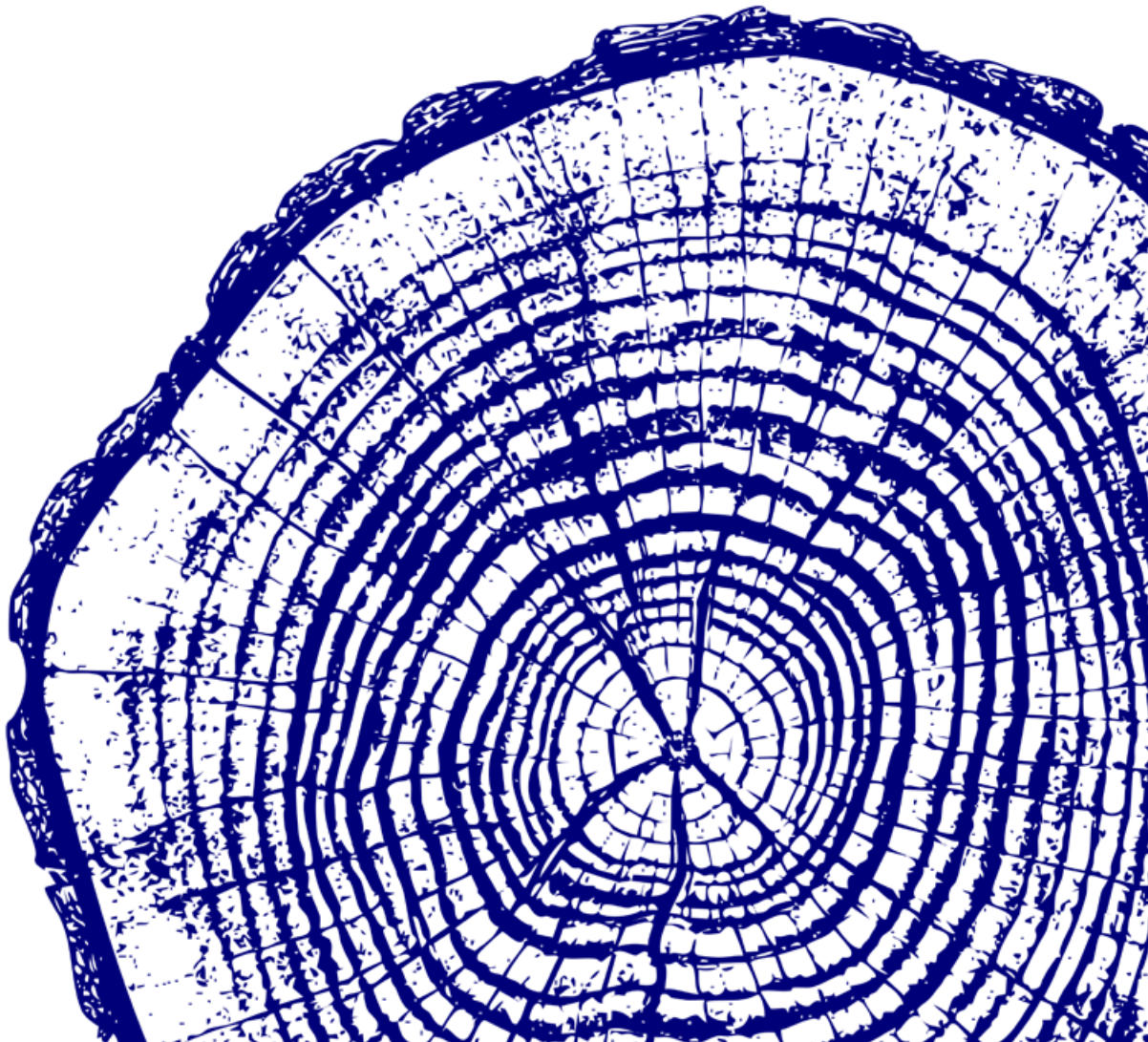
Der Begriff des transgenerationalen Traumas bezeichnet die generationenübergreifende Weitergabe psychischer, emotionaler und sozialer Folgen traumatischer Erfahrungen. Dabei tragen nachfolgende Generationen die Auswirkungen eines Ereignisses in sich, das sie selbst nicht unmittelbar erlebt haben. Im jüdischen Kontext ist dieses Phänomen besonders eng mit der nationalsozialistischen Verfolgung und der Shoah verbunden. Die Shoah stellte ein kollektives Trauma dar, dessen Auswirkungen nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen waren, sondern sich auch in vielfältiger Weise in den Lebensrealitäten der Kinder und Enkel der Überlebenden bis heute fortsetzen.

Diese transgenerationalen Prägungen stehen in engem Zusammenhang mit gegenwärtigen Erfahrungen von Antisemitismus. Diskriminierung, Bedrohungen oder abwertende Zuschreibungen können frühere Verletzungen wachrufen und historisch gewachsene Unsicherheiten neu beleben. Antisemitismus wird daher nicht nur als aktuelles Ereignis erlebt, sondern auch vor dem Hintergrund kollektiver Erinnerung und familiärer Erfahrungsgeschichte.

Vor diesem Hintergrund sind Beratungspraxis, psychosoziale Unterstützung und pädagogische Arbeit gefordert, die historischen und emotionalen Kontexte jüdischer Lebensrealitäten sensibel zu berücksichtigen. Werden antisemitische Erfahrungen relativiert oder infrage gestellt, kann dies Gefühle von Ohnmacht, Isolation und fehlender Anerkennung verstärken und bestehende transgenerationale Belastungen weiter vertiefen.



Die Shoah stellte ein kollektives Trauma dar, dessen Auswirkungen nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen waren, sondern sich auch in vielfältiger Weise in den Lebensrealitäten der Kinder und Enkel der Überlebenden bis heute fortsetzen.





Israel als Teil jüdischer Identität

Der Staat Israel hat für viele Jüdinnen*Juden eine besondere Bedeutung. Er ist der einzige Staat weltweit, in dem Jüdinnen*Juden die Bevölkerungsmehrheit bilden, und versteht sich laut Nationalstaatsgesetz als »Nationalstaat des jüdischen Volkes«¹². Mit der Staatsgründung 1948 entstand erstmals ein jüdischer Staat, der Schutz vor Antisemitismus bieten und jüdisches Leben gesellschaftlich prägen sollte. Zugleich ist Israel ein moderner demokratischer Staat, in dem Bürger*innen unterschiedlicher Religionen und Ethnien leben.

12 Vgl. Lintl/Wolfrum (2018).

Die Entstehung Israels ist eng mit der Geschichte des Antisemitismus verbunden. Über Jahrhunderte waren Jüdinnen*Juden Diskriminierung, Pogromen und Ausgrenzung ausgesetzt. Auch die Hoffnung auf rechtliche Gleichstellung im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert erfüllte sich nicht. Vor diesem Hintergrund gewann die Idee eines eigenen jüdischen Staates an Bedeutung – als Möglichkeit, politisch selbstbestimmt und unabhängig vom Wohlwollen der Mehrheitsgesellschaft zu leben.

Als Ort dieser Staatsgründung rückte die historische Region Palästina in den Fokus. Dort lebten Jüdinnen*Juden über viele Jahrhunderte hinweg und sie gilt als historischer und spiritueller Ursprung des Judentums – nicht zuletzt wegen der Stadt Jerusalem und dem Tempelberg Zion, die zentrale religiöse Bezugspunkte darstellen. Hierauf bezieht sich auch der Begriff Zionismus. Darunter werden unterschiedliche jüdische Bewegungen zusammengefasst, die das Ziel verfolgten, in

dieser Region eine jüdische Heimstätte zu errichten. Diese Bewegungen waren von Beginn an vielfältig und reichten von säkularen bis religiösen, von sozialistischen bis konservativen Strömungen. Ende des 19. Jahrhunderts gewann der Zionismus angesichts zunehmenden Antisemitismus, insbesondere in Europa, an politischer Bedeutung.¹³ Pogrome im zaristischen Russland sowie die Zuspitzung antisemitischer Gewalt führten zu verstärkter jüdischer Migration.

Die nationalsozialistische Verfolgung und die Shoah bestätigten für viele die Notwendigkeit eines eigenen Schutzraums. Die Erfahrung, dass zahlreiche Staaten jüdischen Flüchtenden die Aufnahme verweigerten, verstärkte diese Überzeugung. So beschloss 1947 die UN einen Teilungsplan für das

13 Zur Entwicklung der zionistischen Bewegung vgl. Brenner (2018).

britische Mandatsgebiet Palästina, der einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah. Die jüdische Seite akzeptierte ihn und rief 1948 den Staat Israel aus, während mehrere arabische Staaten die Teilung ablehnten und Israel militärisch angriffen. Seither kam es immer wieder zu zahlreichen Konflikten und Kriegen, die Israel sowohl offensiv, als auch zur Selbstverteidigung führte – vielfach als Reaktion auf Angriffe, die auf seine Zerstörung abzielten.

Die Geschichte Israels und der gesamten Region – im deutschen Sprachgebrauch oft als »Nahost« bezeichnet – wird bis heute aus verschiedenen Perspektiven erzählt und ist Gegenstand oft hochemotionaler Debatten. Im besten Falle stehen diese Perspektiven nebeneinander und ergänzen sich. Wird Israel jedoch einseitig als alleiniger Friedensverhinderer in den Konflikten dargestellt und dem Staat das Existenzrecht aberkannt, so handelt es sich nicht mehr um eine bloße Perspektivendifferenz, sondern um israelbezogenen Antisemitismus. Denn wie in jedem Konflikt stehen sich mehrere Akteur*innen mit unterschiedlichen Interessen, Verantwortlichkeiten und historischen Erfahrungen gegenüber.

Bis heute hat Israel eine zentrale Bedeutung für jüdisches Leben weltweit. Viele Jüdinnen*Juden verstehen den Staat als eine Art Sicherheitsgarantie und potenziellen Zufluchtsort im Falle zunehmender Bedrohung durch Antisemitismus. Die Möglichkeit, die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten, vermittelt vielen ein Gefühl von Sicherheit und stärkt das Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinschaft. Jüdische Feiertage und religiöse Traditionen sind zudem fest im gesellschaftlichen Alltag Israels verankert, was vielen gläubigen Jüdinnen*Juden den Alltag erleichtert. Deswegen begreift sich auch ein Großteil der jüdischen Gemeinschaft als zionistisch – unabhängig davon, wie sie zu dem Regierungshandeln des Staates Israels stehen.

Wird diese Schutzfunktion Israels infrage gestellt, etwa durch Krieg oder Gewalt, hat dies häufig auch Auswirkungen auf Jüdinnen*Juden außerhalb Israels. Neben der Sorge um die eigene Sicherheit betrifft dies viele auch persönlich, da familiäre und soziale Beziehungen nach Israel bestehen. Daher ist es für Beratungskontexte relevant, dass für jüdische Ratsuchende das Verhältnis zum Staat Israel eine Rolle spielen kann, welches nicht in Zweifel gezogen werden sollte.



Bis heute hat Israel eine zentrale Bedeutung für jüdisches Leben weltweit. Viele Jüdinnen*Juden verstehen den Staat als eine Art Sicherheitsgarantie und potenziellen Zufluchtsort im Falle erneuter Bedrohung durch Antisemitismus.



Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen

Der 7. Oktober 2023 markiert einen tiefen Einschnitt für Israel und für Jüdinnen*Juden weltweit. An diesem Tag verübte die islamistische Terrororganisation Hamas einen beispiellosen Angriff auf Israel. Zeitgleich zu massiven Raketenangriffen drangen mehrere Tausend Terroristen, bewaffnete Angreifer und zivile Eindringlinge aus dem Gazastreifen in israelisches Staatsgebiet ein. Mit extremer Brutalität überfielen sie Dörfer und Kibbuzim¹⁴ in Grenznähe sowie ein Musikfestival. Insgesamt wurden 1225 Menschen ermordet, tausende weitere verletzt oder misshandelt. 251 Personen wurden verschleppt und als Geiseln in den Gazastreifen gebracht¹⁵. Der Angriff stellt den schwersten antisemitischen Gewaltakt seit 1945 dar und bedeutet eine historische Zäsur in der jüngeren Geschichte des Antisemitismus.

Für jüdische Communities weltweit hatte dieser Tag eine tiefgreifende Bedeutung. Die Ermordung von Jüdinnen*Juden erfolgte gezielt, unterschiedslos und aus antisemitischem Hass. Die Täter filmten ihre Verbrechen bewusst und verbreiteten die Aufnahmen online, um Angst zu erzeugen und eine genozidale Botschaft in die Welt zu tragen. Für viele Jüdinnen*Juden bedeutete der 7. Oktober den Verlust von Familienangehörigen, Freund*innen oder Bekannten. Doch kaum hatte die Zeit der Trauer begonnen, sahen sich jüdische Menschen weltweit neuen Bedrohungen ausgesetzt.

14 Ein Kibbuz (pl. Kibbuzim) ist eine ländliche Kollektivsiedlung in Israel mit gemeinsamem Eigentum und der Idee von basisdemokratischen Strukturen. Es existieren etwa 250 Kibbuzim unterschiedlicher Größe und Struktur.

15 Vgl. [oct7map.com](https://www.oct7map.com) (o. J.)

Unmittelbar nach dem Angriff kam es international zu einem drastischen Anstieg antisemitischer Vorfälle, dies belegen z. B. die Zahlen der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS).¹⁶ Jüdinnen*Juden wurden auf offener Straße bedroht, beleidigt oder angegriffen, jüdische Einrichtungen und Gedenksteine beschädigt oder markiert. Auf israelfeindlichen Versammlungen wurde der Terror relativiert, verharmlost oder offen als ‚Widerstand‘ glorifiziert. Antisemitische Narrative fanden verstärkt Eingang in öffentliche Debatten und soziale Medien. Diese Entwicklungen machten deutlich, dass der Antisemitismus nicht nur fortbesteht, sondern in Krisenzeiten offen hervortritt und sich radikalisiert. Gleichzeitig berichten viele

Betroffene, dass die Brisanz des Geschehens von nichtjüdischen Personen vielfach nicht erkannt wird und zu ausbleibender Empathie führt.

Der 7. Oktober hat damit nicht nur unermessliches Leid verursacht, sondern auch das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen weltweit nachhaltig erschüttert. Deswegen wird das Massaker oft als »Zäsur für die jüdischen Communities« beschrieben.¹⁷ Jüngere Gewaltakte wie an Jom Kippur in Manchester und an Chanukka in Sydney 2025 verschärfen diese Situation weiterhin. Sie verdeutlichen auf erschreckende Weise den Zusammenhang zwischen Hass auf Israel und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden weltweit.

16 So wurden allein in den zwei Monaten nach den Angriff der Hamas 944 antisemitische Vorfälle in Deutschland dokumentiert, vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (2023). Bei RIAs können und sollen alle antisemitischen Vorfälle gemeldet werden, da so auch eine Dokumentation von Vorfällen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gewährleistet werden kann.

17 Chernivsky/Lorenz-Sinai (2024).

Was bedeutet Antisemitismus?

Mythen über Antisemitismus

✘ Antisemitismus ist ein rein rechtsextremes Phänomen

Antisemitismus ist in der extremen Rechten zentral, ist aber in allen gesellschaftlichen und politischen Milieus feststellbar.



✘ Antisemitismus ist Rassismus gegen Jüdinnen*Juden

Antisemitismus kann rassistische Elemente haben, unterscheidet sich jedoch in anderen Aspekten stark von Rassismus.



✘

Antisemitismus ist ein Problem aus der Vergangenheit

✓ Auch heute gibt es Antisemitismus in verschiedenen Erscheinungsformen.

✘

Israelkritik ist kein Antisemitismus

✓ Es gibt zahlreiche antisemitische Narrative, die sich auf Israel beziehen und auch in der Kritik am Staat Israel sichtbar werden können.

✘

Nur Jüdinnen*Juden sind von Antisemitismus betroffen

✓ Auch nichtjüdische Menschen können von Antisemitismus betroffen sein, da dieser eine Projektion der Antisemit*innen darstellt.

✘

Antisemitismus richtet sich gegen Semit*innen

✓ Antisemitismus ist als Begriff für den Hass auf Jüdinnen*Juden eingeführt worden und richtet sich nicht gegen Sprecher*innen semitischer Sprachen.

Wenn man sich mit Antisemitismus beschäftigt, begegnet man ihnen regelmäßig: Mythen, Halbwahrheiten oder auch Missverständnissen, die ein tiefergehendes Verständnis des Phänomens verhindern und seine Bekämpfung erschweren können. Teilweise werden auch aus politischer Motivation bestimmte Aspekte weggelassen, verkürzt, verzerrt oder betont. Für viele Menschen ist Antisemitismus stark mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Menschheitsverbrechen der Shoah verknüpft. Dies ist zwar richtig, kann aber dazu verleiten, Antisemitismus als überwundenes Kapitel der Vergangenheit anzusehen. Aktuelle Formen der Judenfeindschaft, die in allen gesellschaftlichen und politischen Milieus auftreten, geraten so aus dem Blick.

Heutzutage beziehen sich viele antisemitische Äußerungen auf den Staat Israel und den israelisch-palästinensischen Konflikt. Statt einzelne Aspekte der Politik der israelischen Regierung zu kritisieren, wird Israel als Ganzes abgelehnt, doppelten Standards unterzogen und dämonisiert. Entsprechende Positionen sind auch in sich als progressiv verstehenden Milieus stark vertreten und belegen, dass Antisemitismus kein ausschließlich (extrem) rechtes Phänomen darstellt. Auch die verkürzte Darstellung von Antisemitismus als Unterkategorie von Rassismus blendet zentrale Merkmale antisemitischer Ressentiments aus (→ siehe Kapitel zu Rassismus und Antisemitismus S. 17). Damit verknüpft sind Verschwörungsfantasien, die in letzter Konsequenz auch zu antisemitischer Gewalt führen können.

↓ Düsseldorf, Juni 2024: Schoa-Relativierung auf einem Plakat während einer israelfeindlichen Demonstration. © Antifa Infoportal Düsseldorf





Da es sich bei diesen Zuschreibungen allein um Projektionen der antisemitisch denkenden Personen handelt, können letztlich auch nichtjüdische Menschen zum Ziel antisemitischer Anfeindungen und Angriffe werden. Antisemitismus richtet sich somit stets gegen Menschen, die jüdisch sind oder als jüdisch wahrgenommen werden, und nicht gegen sogenannte *Semiten*, wie es der Begriff auf den ersten Blick nahelegen könnte. Geprägt wurde der Ausdruck im 19. Jahrhundert, um Feindseligkeit gegenüber Jüdinnen*Juden als politische und rassistische Haltung zu legitimieren. Grundlage war die Vorstellung, jüdische Menschen bildeten eine *semitische Rasse*, mit der Begründung, dass das Hebräische zu den semitischen Sprachen gehört. Allerdings bezeichnet Antisemitismus ausschließlich die Abwertung und Ausgrenzung von Jüdinnen*Juden – nicht aber die Ablehnung aller Menschen, die semitische Sprachen sprechen. Dennoch wird dieser sprachliche Ursprung bis heute mitunter herangezogen, um antisemitische Einstellungen zu relativieren oder von sich zu weisen.

Definition von Antisemitismus

Zur praxistauglichen Orientierung für die eigene Beratungsarbeit im Kontext von Antisemitismus empfehlen wir die Anwendung der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde international von zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen implementiert und seit 2017 auch durch die Bundesregierung angenommen.



Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA im Wortlaut

»Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.«

Neben dieser Kurzfassung besteht die Arbeitsdefinition zudem aus einem kurzen, erläuternden Begleittext sowie einer Reihe von Beispielen, die verschiedene antisemitische Ausdrucksformen verdeutlichen. In der von der Bundesregierung verabschiedeten Fassung ist der ursprünglich im Erläuterungsteil enthaltene Satz zum israelbezogenen Antisemitismus explizit in die Kurzdefinition aufgenommen worden, um dessen massiver und zunehmender Verbreitung Rechnung zu tragen:

»Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.«

Die Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition dient bei der Einordnung von Vorfällen als Referenzrahmen und Hilfestellung für die Praxis, ohne dabei den Anspruch zu erfüllen, das Phänomen umfassend beschreiben zu können.

Antisemitismus manifestiert sich nicht nur in direkter Gewalt, sondern auch in subtileren Formen wie Stereotypisierung, kollektivierenden Zuschreibungen und Othering. Letzteres bezeichnet die Abgrenzung und Abwertung anderer Gruppen zur Bestätigung der eigenen Normalität, indem ihnen negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Auch die Bagatellisierung von Antisemitismuserfahrungen wird von Betroffenen als zusätzlich verletzend und verunsichernd erlebt.

Antisemitismus ist tief in gesellschaftlichen Strukturen, Diskursen und Kommunikationsweisen verankert. Antisemitische Übergriffe können verbal, non-verbal, online und offline erfolgen, beispielsweise durch Sprache, Symbole, Sachbeschädigungen oder körperliche wie auch psychische Gewalt. Insbesondere in den Sozialen Medien tragen Menschen zur Verbreitung und Verstärkung antisemitischer Vorstellungen bei, wodurch sich deren Wirkung weiter verschärft. Dabei ist zu beachten, dass auch nicht unmittelbar an Betroffene gerichtete antisemitische Aussagen, wie etwa die Artikulation von Verschwörungs-ideologien oder Hass auf Israel, zu einer umfassenden Bedrohungslage und Belastungssituation für Betroffene beitragen können.

Dennoch wird Antisemitismus in unserer Gesellschaft sehr unterschiedlich wahrgenommen: Während große Teile der nichtjüdischen Mehrheit Antisemitismus bewusst nicht erleben oder als relevantes Problem erkennen, so ist er für jüdische Menschen nahezu alltagsprägend. Gleichzeitig wird jüdische Präsenz nicht immer mitgedacht, auch in Beratungskontexten. Das Konzept der *Gojnormativität* von Judith Coffey und Vivien Laumann versucht, diese Diskrepanz begrifflich zu fassen.

Gojnormativität

Das hebräische Wort Goj bezeichnet eine nichtjüdische Person. Der von Coffey und Laumann entwickelte Begriff der *Gojnormativität* knüpft analog an den Begriff der Heteronormativität an und beschreibt gesellschaftliche Strukturen und Mechanismen, in denen das Nichtjüdische zur Norm erklärt wird, die nicht hinterfragt wird. Dadurch werden Jüdinnen*Juden unsichtbar gemacht, ausgeschlossen oder in vorgegebene Rollen gedrängt. Es geht dabei um die Erfahrung, dass jüdische Perspektiven nicht berücksichtigt werden und Antisemitismus nicht benannt wird.¹⁸

Formen des Antisemitismus

Auf der analytischen Ebene lässt sich zwischen verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus differenzieren, wobei diese ineinander greifen oder sich überschneiden können. Gleichzeitig ist Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem, das milieu- und gruppenübergreifend anzutreffen ist. Im Rahmen der Beratungstätigkeit wird zwischen religiös begründetem Antijudaismus, modernem Antisemitismus, sekundärem Antisemitismus, israelbezogenem Antisemitismus sowie dem antisemitischen Othering unterschieden. Zur besseren Veranschaulichung führen wir zu jeder Erscheinungsform noch ein Beispiel aus der Antidiskriminierungsberatung bei SABRA und ADIRA auf und skizzieren das Vorgehen in diesen Fällen.

18 Ausführlich hierzu vgl. Coffey/Laumann (2021).

Antijudaismus

Mit Antijudaismus bezeichnet man die Feindschaft gegenüber dem Judentum als Religion, also die religiös motivierte und begründete Ablehnung von Jüdinnen*Juden. Der Antijudaismus ging aus der Trennung des Christentums vom Judentum hervor und fällt in die Zeit des Aufstiegs des Christentums zur Staatsreligion des Römischen Reiches. Den Jüdinnen*Juden wurde vorgeworfen, den Bund mit Gott gebrochen und seinen Sohn, den von ihnen nicht anerkannten Messias, getötet zu haben – so wurde zugleich der römische Staat als eigentlich Verantwortlicher entlastet.

Spätestens seit dem Mittelalter wird vielfach die Vorstellung der Jüdinnen*Juden als Christusmörder tradiert und als eine Kollektivschuld aller Jüdinnen*Juden behauptet. So entwickelte sich im Hochmittelalter etwa der Mythos der Ritualmorde an christlichen Kindern: Jüdinnen*Juden wurden beschuldigt, heimlich christliche Kinder zu entführen und zu ermorden, um deren Blut für religiöse Feste oder medizinische Zwecke zu benutzen. Diese und andere Mythen bestehen zum Teil bis heute und werden auch in anderen Kontexten wie zum Beispiel der Parole *Kindermörder Israel* auf anti-israelischen Demonstrationen oder der *QAnon*-Verschwörungserzählung aufgegriffen. Ebenso lassen sich gegenwärtig auch an vielen Kirchen noch explizit antijüdische Darstellungen finden. Der christliche Antijudaismus ist somit der historische Vorläufer des modernen Antisemitismus.




↑ Das Judenschwein war eine verhöhnende Abbildung im 15. Jahrhundert

Historisch entwickelte sich der religiöse Antijudaismus vor allem im Christentum und hatte Abwertung, Diskriminierung und Gewalt zu Folge. Aber auch im Islam finden sich antijudaistische Motive, die in religiösen Überlieferungen aufgegriffen und weiter tradiert wurden. Jüdinnen*Juden galten im islamischen Herrschaftsbereich zwar als ‚Schriftbesitzer‘ und standen unter besonderem Schutz, waren jedoch mit einem rechtlich festgeschriebenen Sonderstatus und sozialen Einschränkungen konfrontiert. Die negativen Darstellungen aus dieser Zeit werden bis heute vereinzelt herangezogen, um eine Feindschaft gegenüber Jüdinnen*Juden auszudrücken. So wird auf einigen antiisraelischen Demonstrationen beispielsweise der Feldzug Mohammeds gegen das von Jüdinnen*Juden besiedelte Oasengebiet Chaibar im Jahr 620 christlicher Zeitrechnung glorifiziert und mit dem Kampf gegen Israel verglichen.¹⁹ Da sich hier religiöse Motive mit denen des modernen Antisemitismus verbinden, wird auch manchmal von einem spezifisch *islamischen Antisemitismus* gesprochen, ohne damit einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen dem Islam und Antisemitismus zu behaupten.²⁰

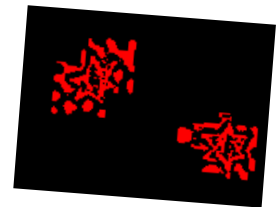
Fallbeispiel: Eine Kindertagesstätte in einem ländlichen Gebiet muss eine Zeit lang mehr Kinder aufnehmen, als es ihre Kapazitätsgrenzen eigentlich erlauben. Für die vom Träger, einem säkularen Wohlfahrtsverband, geforderte Dokumentation fehlt daher die Zeit, welche die Erzieher*innen teilweise am Wochenende nachholen und einander per E-Mail zukommen lassen. Einer Erzieherin, von der das Team weiß, dass sie jüdisch ist, wurde von ihrer Kollegin vorgeworfen, am Sonntag Dokumentationen und E-Mails zu verfassen, während sie am Freitagabend (an dem der Shabbat beginnt) und am Samstag keine E-Mails beantworten würde. Dies würde ihre wichtige Sonntagsruhe stören und zudem den Zusammenhalt im Team in einer ohnehin anstrengenden Zeit stören. Diese Vorwürfe sind antijudaistisch, da sie sich gegen die religiöse jüdische Praxis richten und diese zum Problem erklären, während Gebräuche mit anderem religiösen

19 Vgl. Democ e. V. (2021).

20 Zum Begriff des ‚Islamischen Antisemitismus‘ vgl. Küntzel (2020)



Hintergrund akzeptiert werden. Die Erzieherin wendet sich mit der Bitte um Konsequenzen für die Kollegin an eine interne Beratungsstelle des Wohlfahrtsverbandes. Der Berater nimmt Kontakt zu der Teamleitung der Kindertagesstätte auf und erklärt die Problematik der Situation. Die Teamleitung scheint zunächst verständnisvoll, unternimmt jedoch keine Schritte, um das verletzende Verhalten der Kollegin zu unterbinden. Da die Arbeitslast für die Klientin ohnehin zu hoch war, begleitete die Beratungsstelle sie dabei, die Kindertagesstätte intern zu wechseln.



Moderner Antisemitismus

Die Besonderheit des modernen²¹ Antisemitismus ist die Annahme der Existenz einer *jüdischen Rasse*, der bestimmte (v. a. negative) Eigenschaften zugeschrieben werden und die das Ziel verfolge, allen anderen Menschen zu schaden, diese zu beherrschen und auszu-beuten. Im Gegensatz zum religiös begründeten Antijudaismus konnten Jüdinnen*Juden einer antisemitischen Verfolgung nun auch durch Konversion zum Christentum nicht mehr entgehen. Moderner Antisemitismus bedeutet also vor allem eine *Rassifizierung* von Jüdinnen*Juden sowie den Glauben an eine angebliche *jüdische Weltver-schwörung*. Insbesondere in Zeiten von gesellschaftlichen Umbrüchen und Krisen, wie etwa der russischen Revolution 1917 oder der Welt-wirtschaftskrise 1929, wurden Jüdinnen*Juden beschuldigt, für deren negative Auswirkungen verantwortlich zu sein. Diese Vorstellungen

21 Das Attribut *modern* bezieht sich dabei auf die historische Epoche der Moderne und ist deshalb nicht im Sinne von *aktuell* oder *zeitgenössisch* zu verstehen.

werden von Antisemit*innen als ultimative Bedrohung empfunden, welche jedes Mittel zur Verteidigung rechtfertigt und den eliminatorischen Charakter des Antisemitismus, also das Ziel der vollständigen Vernichtung jüdischer Existenz, begründet. Diese Form der Judenfeindschaft prägte den Nationalsozialismus und führte zum industriell organisierten Massenmord an den Jüdinnen*Juden in der Shoah.

Auch wenn das rassistische Element dieser Form der Judenfeindschaft heute weniger im Vordergrund steht, sind antisemitische Verschwörungsvorstellungen über eine vermeintliche Macht von Jüdinnen*Juden weiterhin weit verbreitet. Sie können sich in umfassenden Weltbildern äußern, in denen Jüdinnen*Juden als Drahtzieher*innen aller Krisen und als Ursache gesellschaftlicher Probleme nichtjüdischer Menschen konstruiert werden. Ebenso zeigen sie sich in hartnäckigen Stereotypen, die Jüdinnen*Juden mit Reichtum oder einer besonderen Nähe zu Geld verknüpfen. Viele Verschwörungserzählungen sind daher anschlussfähig für antisemitische Deutungsmuster.

Fallbeispiel: Eine jüdische Frau arbeitet seit kurzem in der Buchhaltung eines Unternehmens und geht dort offen mit ihrer jüdischen Identität um. Ein Kollege äußert ihr gegenüber, er finde es gut, dass sie dort arbeite, da sie als Jüdin gut mit Finanzen umgehen könne. Für die Frau ist die Aussage verletzend; sie fragt sich jedoch, ob sie überreagiert und wendet sich mit der Frage an eine Antidiskriminierungsberatungsstelle. In einem Gespräch wird der Vorfall gemeinsam eingeordnet und die Ratsuchende in ihrer Wahrnehmung bestätigt, da die Aussage auf einem jahrhundertealten antisemitischen Stereotyp beruht. Die Beratungsstelle nimmt Kontakt zum Arbeitgeber auf und initiiert ein klärendes Gespräch, in dem herausgearbeitet wird, dass solche Zuschreibungen auch dann als antisemitisch wirken, wenn sie subjektiv positiv gemeint sind. Der Mitarbeiter entschuldigt sich, der Arbeitgeber sagt Sensibilisierungsmaßnahmen für die Belegschaft zu, und die Ratsuchende fühlt sich gestärkt, weil sie die Aussage nicht hat stehen lassen.



↑ Münster, Mai 2024: Antisemitische Schmiererei auf einem Wahlplakat zur Europawahl 2025 © RIAS NRW

Sekundärer Antisemitismus

Die Bezeichnung *Sekundärer Antisemitismus* verweist darauf, dass Antisemitismus nach dem Ende des Nationalsozialismus in veränderter Form fortbesteht. Dieser äußert sich in Bezug auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, etwa durch Schuldabwehr oder Relativierung. Oft wird analog auch von einem *Post-Shoah-Antisemitismus* gesprochen, um deutlich zu machen, dass diese Erscheinungsform in direktem Zusammenhang mit der Shoah und ihrer Aufarbeitung steht.

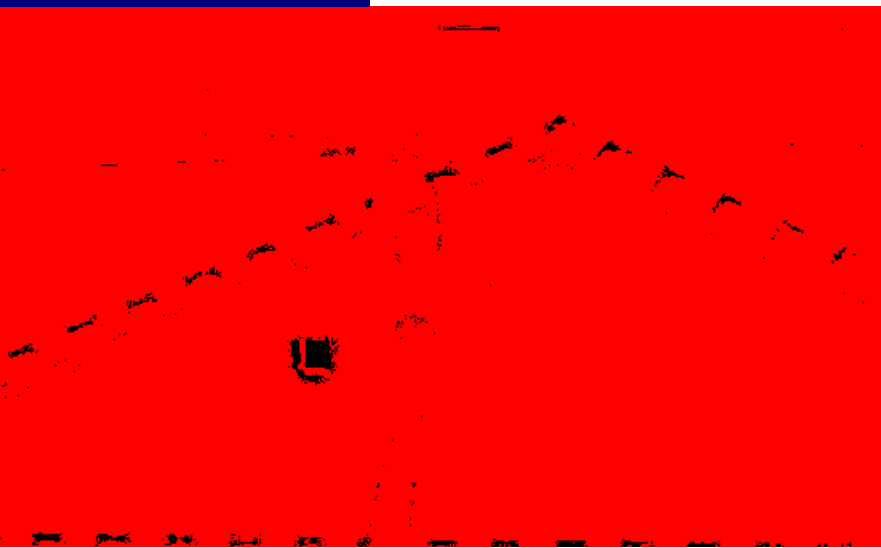
Antisemitische Einstellungen und Bilder werden seit 1945 häufig indirekt vermittelt, etwa über Vergleiche, Andeutungen oder codierte Sprache. Der sekundäre Antisemitismus ist eine solche subtile Ausdrucksform, die nach der Shoah – insbesondere in Deutschland und Österreich – im Kontext der Abwehr von Erinnerung und Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen entstanden ist.

Das Gedenken an die Shoah wird dabei negativ besetzt, da die damit verbundenen Gefühle von Schuld und Scham als Hindernis für eine positive nationale Identitätsbildung wahrgenommen werden. Verantwortung gegenüber der Vergangenheit wird so als aufgezwungene *Kollektivschuld* umgedeutet.

Sekundärer Antisemitismus zeigt sich unter anderem in der Relativierung oder Leugnung der Shoah sowie in der Forderung nach einem *Schlussstrich*, also einer Beendigung des Gedenkens und der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Diese Haltungen verweisen häufig auf nicht aufgearbeitete schuldhaft Verstrickungen von Täter*innen und Mitläufer*innen, die über Familiennarrative und emotionale Weitergaben an nachfolgende Generationen tradiert werden. Damit ist gemeint, dass Täter*innengeschichten häufig ausgeblendet oder umgedeutet werden, indem die eigenen Vorfahren als unbeteiligt dargestellt oder nichtjüdische Deutsche insgesamt als ebenso vom Nationalsozialismus betroffene Opfer verstanden werden. Unbewusste Anteile von Schuld, Scham und Angst werden dabei auf jüdische Menschen projiziert und äußern sich in antisemitischen Ressentiments. Die Präsenz von Jüdinnen*Juden wird so als störende Erinnerung an die Geschichte empfunden, was bis zur Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen und zur Täter-Opfer-Umkehr reichen kann. Ebenso können antisemitische Stereotype wirkmächtig werden, indem beispielsweise Jüdinnen*Juden vorgeworfen wird, von der Erinnerung an die Shoah finanziell oder gesellschaftlich zu profitieren.

Diese Form des Antisemitismus beruht somit auf der Abwehr von Erinnerung und Schuldgefühlen – auf individueller wie kollektiver Ebene – und artikuliert den Wunsch, die Auseinandersetzung mit der Shoah zu beenden. Pointiert wurde dies in der Formel »Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz«, die der israelische Psychoanalytiker Zvi Rix mit den Worten zugespitzt haben soll: »Auschwitz werden uns die Deutschen niemals verzeihen.«²²

22 Vgl. Heinsohn (1988), S. 119.



Fallbeispiel: Ein Vertreter einer jüdischen Gemeinde berichtet in einem Zeitungsinterview über die Situation seiner Gemeinde nach dem 7. Oktober und über den Verlust seines Sicherheitsgefühls in der eigenen Stadt. Daraufhin erhält er mehrere E-Mails von einem Leser, der ihm vorwirft, durch die Benennung antisemitischer Vorfälle den Ruf der Stadt zu beschädigen, mangelnde Versöhnungsbereitschaft unterstellt und behauptet, ihm als Jude sei das »tiefe Schuldgefühl der Deutschen« sicher. Diese Zuschreibungen sind klassische Beispiele sekundären Antisemitismus: Jüdinnen*Juden werden als überempfindlich und störend für das harmonische Selbstbild der Mehrheitsgesellschaft in der Stadt begriffen; zudem wird ihnen vorgeworfen, Schuldgefühle zu schüren. Der Betroffene wendet sich an eine Antidiskriminierungsberatungsstelle. Dort wird er zu dem praktischen Umgang mit den E-Mails beraten. Des Weiteren wird gemeinsam entschieden, den Vorfall über die Beratungsstelle öffentlich zu machen, um auf die Anfeindungen gegenüber der Gemeinde aufmerksam zu machen. Durch die Beratung und die öffentliche Reaktion fühlt sich der Ratsuchende gestärkt, und die Gemeinde erhält solidarischen Zuspruch aus der Stadtgesellschaft.

Israelbezogener Antisemitismus

Israelbezogener Antisemitismus richtet sich gegen den Staat Israel; Kritik an Israel dient so als Umwegskommunikation für antisemitische Einstellungen. Das politische Handeln Israels gilt dann als Beleg für eine angeblich negative Wesensart von Jüdinnen*Juden insgesamt. Dies führt dazu, dass Jüdinnen*Juden kollektiv für das Handeln der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden. Ausdruck findet dies drastisch in Angriffen auf jüdische Einrichtungen und Personen in Deutschland oder subtiler in Fragen an Jüdinnen*Juden, wie sie zu der Politik »ihres Landes« stehen, obwohl sie deutsche Staatsbürger*innen sind.

Israelbezogener Antisemitismus zeigt sich besonders dort, wo politische Kritik mit antisemitischen Bildern verknüpft wird. Dazu gehören Vergleiche der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus oder der Shoah. Auch Bewertungen mit doppelten Standards sind typisch, etwa wenn Handlungen Israels scharf verurteilt werden, die bei Regierungen anderer Länder ohne Widerspruch hingenommen werden. Weitere Ausdrucksformen sind die Übertragung antisemitischer Klischees auf Israel, etwa im Narrativ vom sogenannten *Kindermörder Israel*. Antisemitische Feindbilder finden hier einen zeitgemäßen Ausdruck und dienen zudem als Bindeglied zwischen verschiedenen politischen Spektren, wenn auch mit jeweils eigener Begründungslogik.

→ Düsseldorf, Oktober 2024: Darstellung der Ritualmordlegende durch Netanjahu als blutverschmierter Kinderfresser auf einer israelfeindlichen Demonstration.
© Antifa-Infoportal Düsseldorf

So wird im Rechtsextremismus Israel häufig als Teil einer vermeintlichen ‚jüdischen Weltverschwörung‘ imaginiert oder als angebliches Instrument globaler Macht von Jüdinnen*Juden betrachtet. Im Islamismus wird der Staat Israel aus religiösen und politischen Gründen als grundsätzlich illegitim dargestellt und mit tradierten judenfeindlichen Motiven verbunden. In Teilen des linken Spektrums wiederum wird Israel einseitig als koloniales oder imperialistisches Projekt verstanden, wobei antisemitische Stereotype oder doppelte Standards in die Argumentation einfließen können. Verbindendes Element ist hierbei der Kampf gegen den als Feindbild markierten ‚Zionismus‘. Darüber hinaus ist der israelbezogene Antisemitismus jedoch auch gesamtgesellschaftlich weit verbreitet und beschränkt sich nicht nur auf die genannten Gruppen.²³

Letztlich ist Israel seit seiner Gründung mit Vernichtungsdrohungen, Kriegen und Terroranschlägen konfrontiert. Diese Gewalt wird häufig relativiert oder hingenommen, während antisemitische Dämonisierungen Israels als legitime *Israelkritik* verharmlost werden. Nicht jede Kritik an Israel ist jedoch antisemitisch. Israel ist eine demokratische Gesellschaft, in der Kritik erlaubt und notwendig ist. Entscheidend ist die Grundlage der Kritik. Hilfreich sind Fragen wie: Geht es um konkrete politische Entscheidungen und um Erwartungen an einen demokratischen Rechtsstaat? Oder dient die Kritik dazu, antisemitische Einstellungen verdeckt zu äußern?

Hilfreich für diese Differenzierung ist der von Natan Sharansky²⁴ entwickelte **3-D-Test**²⁵. Demnach liegt israelbezogener Antisemitismus vor, wenn Israel dämonisiert, sein Existenzrecht delegitimiert oder seine Politik nach doppelten Standards beurteilt wird.

23 Zur Übersicht zu Formen des israelbezogenen Antisemitismus, vgl. Rensmann (2021).

24 Nathan Sharansky (geb. 1948), einst sowjetischer Dissident und politischer Gefangener, emigrierte nach seiner Freilassung nach Israel, war dort zwischen 1996 und 2005 mehrfach Minister und engagiert sich bis heute für die Rechte jüdischer Einwanderer.

25 Vgl. Hoyer (o. J.).

Der 3-D-Test von Natan Sharansky

Dämonisierung

Wenn der Staat Israel als grundsätzlich bössartig oder unmenschlich dargestellt wird. Beispiel: Vergleiche der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus oder die Unterstellung von Rach- und Mordlust in Bezug auf kriegerische Handlungen.

Delegitimierung

Wenn der Staat Israel als Ganzes abgelehnt und seine Existenzberechtigung bestritten wird. Beispiel: Wenn behauptet wird, dass ohne Israel keine Konflikte im Nahen Osten herrschen würden oder in Form der Parole ‚From the river to the sea, Palestine will be free‘. Damit wird ein ‚freies Palästina‘ zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer gefordert, was das israelische Staatsgebiet umfasst.

Doppelte Standards

Wenn an den Staat Israel und dessen Handeln höhere (moralische) Standards gestellt werden als an andere Staaten. Beispiel: Israel wurde im Zeitraum 2006 – 2024 insgesamt 108 Mal durch den UN-Menschenrechtsrat wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt, Nordkorea 17 Mal, Iran 15 Mal und Russland 8 Mal – obwohl es sich bei diesen um autoritäre Staaten handelt, die systematisch Menschen- und Grundrechte missachten.²⁶

26 Vgl. Statista (2024).

Fallbeispiel: In einem privaten Nachhilfeinstitut äußert ein Mitarbeiter für Mathematik im Beisein einer jüdischen Schülerin wiederholt israelfeindliche und antisemitische Aussagen, während er den israelisch-palästinensischen Konflikt ‚erklärt‘. Dabei spricht er Israel das Existenzrecht ab, setzt die israelische Politik mit dem Nationalsozialismus gleich und rechtfertigt Gewalt gegen Jüdinnen*Juden, während er Juden und Israelis gleichsetzt. Zudem bezeichnet er alle Israelis pauschal als *Kindermörder* und fordert die minderjährigen Schüler*innen auf, sich eindeutig zu positionieren, lässt jedoch keine Widerworte zu. Die betroffene Schülerin wendet sich aufgrund der starken emotionalen Belastung an eine Beratungsstelle und äußert den Wunsch nach Unterstützung. Gemeinsam mit den Berater*innen wird eine schriftliche Bitte um Stellungnahme an die Institutsleitung formuliert. Obwohl der Nachhilfelehrer die Vorwürfe bestreitet und keine weiteren Schritte zur Aufklärung möglich sind, erlebt die Schülerin die Beratung als entlastend und fühlt sich in ihrer Wahrnehmung ernst genommen und unterstützt.

↑ Düsseldorf, Oktober 2023: Die den jüdischen Staat Israel dämonisierende Parole mit ihrer pauschalen Unterstellung knüpft an die mittelalterliche Ritualmordlegende an. Darstellung auf einem Plakat während einer israelfeindlichen Demonstration. (c) Antifa Infoportal Düsseldorf

Antisemitisches Othering

Insgesamt gehen all die genannten Ausdrucksformen mit antisemitischem Othering einher. Dieses bezeichnet die Konstruktion von Jüdinnen*Juden als grundlegend *anders* und nicht zugehörig. Sie werden als fremd, abweichend oder unvereinbar mit der jeweils eigenen Gruppe markiert – unabhängig von der tatsächlichen Vielfalt jüdischen Lebens. Dies kann sich auch in struktureller Ausgrenzung äußern, etwa wenn jüdische Perspektiven und Bedarfe unberücksichtigt bleiben oder institutionelle Handlungsabläufe zu Nachteilen für jüdische Personen führen. Zugehörigkeit von Jüdinnen*Juden wird damit in Frage gestellt. Deutlich wird dies oft in der Sprache: So wird beispielsweise von *Deutschen* und *Juden* gesprochen – als könnten Jüdinnen*Juden keine deutschen Staatsbürger*innen sein. Im antisemitischen Weltbild brutalisiert sich diese Zuschreibung in der Vorstellung eines von innen und außen wirkenden Feindes, welcher *zersetzend* für die eigene Gruppe wirken würde.

Ein weiteres Beispiel für antisemitisches Othering ist der Ausruf: »Du Jude!«. Obwohl dabei die Selbstbezeichnung von Jüdinnen*Juden verwendet wird, wird mit diesem Ausruf der*die Adressat*in als *anders* und als nicht zugehörig gekennzeichnet. Damit ist eine gezielte Verletzung der Person beabsichtigt, die mit diesem Ausruf abgewertet und implizit mit klassischen antisemitischen Stereotypen wie Verrat, Hinterlist oder Geldgier in Verbindung gebracht wird. Insbesondere im schulischen Kontext ist diese Aussage häufig: nicht selten müssen auch jüdische Kinder sie hören.

Dieses Othering kann sowohl negativ als auch scheinbar positiv auftreten, etwa in Form von exotisierenden Zuschreibungen oder der Vorstellung besonderer jüdischer



Eigenschaften. In beiden Fällen werden Jüdinnen*Juden auf stereotype Bilder reduziert und als homogene Gruppe wahrgenommen. Antisemitisches Othering schafft so Distanz und bildet eine Grundlage für weiterführende antisemitische Abwertung und Ausgrenzung.

Fallbeispiel: In einer Justizvollzugsanstalt ist ein jüdischer Gefangener wiederholt antisemitischen Beleidigungen durch andere Gefangene ausgesetzt. Das Gefängnispersonal greift jedoch nicht ein und rät ihm stattdessen, seinen »eigenen Anteil« zu reflektieren. Ohne sein Einverständnis wird er gegenüber der gesamten Einrichtung als jüdisch geoutet. Religiöse Bedarfe bleiben zudem unberücksichtigt: Koscheres Essen wird ihm nicht bereitgestellt und während Bibel und Koran zur Verfügung stehen, soll er sich eine Tora selbst besorgen. Dieser Fall zeigt strukturelles antisemitisches Othering: Die Zugehörigkeit des Inhaftierten wird infrage gestellt, seine religiösen Bedürfnisse und sein Sicherheitsbedürfnis werden ignoriert. Die Einrichtung ist nicht auf den jüdischen Gefangenen eingestellt, seine Identität wird ungewollt offengelegt und institutionelle Abläufe schaffen Nachteile für ihn. Die Klärung erfolgt zusammen mit einer Antidiskriminierungsberatungsstelle: Gemeinsam mit dem Ratsuchenden wird eine Beschwerde an die Anstaltsleitung formuliert. In der Folge werden Sensibilisierungsmaßnahmen für das Personal umgesetzt, die Versorgung mit koscherem Essen sichergestellt und der Zugang zu religiösen Schriften ermöglicht. Für den Inhaftierten ist dies ein Schritt, seine Identität ernst genommen zu wissen und die Auswirkungen des strukturellen Otherings zu mindern.




Antisemitismus und Beratung

Wie bereits einleitend beschrieben, treten Beratungsstellen in vielfältigen Kontexten mit jüdischen Ratsuchenden in Kontakt, in denen Erfahrungen von Antisemitismus im Beratungsprozess sowie die jüdische Identität eine Rolle spielen können. Beratung verstehen wir hierbei als ein professionelles und methodisch fundiertes Unterstützungsangebot im Rahmen sozialer Arbeit, das darauf abzielt, Menschen bei der Bewältigung von Problemlagen zu begleiten und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Den Schwerpunkt bildet zunächst die Antidiskriminierungsberatung, ein Feld, in dem die Autor*innen selbst tätig sind. Daran anknüpfend werden spezifische Aspekte antisemitismussensibler Beratungsarbeit sowie mögliche Fallkonstellationen vorgestellt.

Was ist Antidiskriminierungsberatung?

Antidiskriminierungsberatung bezeichnet ein professionelles Unterstützungsangebot für Menschen, die Diskriminierung erfahren haben oder diese vermuten. Ziel dieser Beratung ist es, Betroffene zu stärken, ihre Erfahrungen ernst zu nehmen, eine fachliche Einschätzung zu bieten und sie bei der Klärung möglicher Handlungsschritte zu unterstützen. Antidiskriminierungsberatung kann Informationen über rechtliche Handlungsmöglichkeiten bereitstellen, bei der Dokumentation und Sichtbarmachung von Vorfällen helfen, psychosoziale Unterstützung leisten oder bei Bedarf an weitere Fachstellen vermitteln. Dabei geht es nicht nur um individuelle Einzelfälle, sondern auch darum, strukturelle Formen von Diskriminierung sichtbar zu machen und ihnen langfristig entgegenzuwirken. Relevante fachliche Prinzipien der Antidiskriminierungsberatung sind Parteilichkeit,



Vertraulichkeit sowie die Orientierung an den Wünschen und Ressourcen der Ratsuchenden mit dem Ziel des Empowerments.²⁷

Dabei dient das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als wesentliche rechtliche Grundlage. Der Begriff der Diskriminierung wird jedoch nicht nur als juristische Kategorie verstanden, sondern auch als Auswirkung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die sich in individuellen und strukturellen Handlungen abzeichnen. Diese drücken sich in Benachteiligungen und Abwertungen von Menschen aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale, wie z. B. der Herkunft aus und haben für Betroffene oft weitreichende Folgen.

Antidiskriminierungsberatung ist ein spezifisches Handlungsfeld der Sozialen Arbeit und als solches in seiner Entwicklung noch recht jung. Sie wird meistens durch zivilgesellschaftliche Beratungs- und Fachstellen geleistet, die sich je nach Bundesland in ihrer Trägerschaft, Organisation, Finanzierung und Schwerpunktsetzung unterscheiden.

27 Für eine ausführliche Übersicht zu den Qualitätsstandards von Antidiskriminierungsberatung, vgl. Antidiskriminierungsverband Deutschland (2015).

In Nordrhein-Westfalen wird die Antidiskriminierungsberatung dezentral über mehr als 40 verschiedene landesgeförderte Beratungsstellen organisiert, die sich in Trägerschaft von Vereinen oder Wohlfahrtsverbänden befinden und gemeinsam als Netzwerk ada.nrw auftreten. Sie sollen Betroffenen einen möglichst wohnortnahen Zugang zur Beratung bieten. Mit ADIRA und SABRA existieren dabei zwei Beratungsstellen in jüdischer Trägerschaft, die explizit in Fällen von Antisemitismus beraten.

Im Zusammenhang mit antisemitischer Diskriminierung kommt der Antidiskriminierungsberatung eine besondere Bedeutung zu. Antisemitismus äußert sich dabei nicht zwingend in Formen sogenannter *klassischer* Diskriminierung, wie etwa der Ungleichbehandlung im Zugang zum Arbeitsmarkt und Dienstleistungen oder in der Verweigerung von Teilhabe. Stattdessen zeigen sich antisemitische Diskriminierungen vielfach in offenen Beleidigungen oder Übergriffen sowie in subtileren Erscheinungsformen wie Ausgrenzung, Abwertung, Stereotypisierung oder der Infragestellung jüdischer Identität.

Zentral sind hier auch die bereits beschriebenen analytischen Unterschiede zu anderen Formen von Diskriminierung, wie z. B. Rassismus. Darüber hinaus tritt antisemitische Diskriminierung häufig im Kontext gesellschaftlicher Krisen oder dem sogenannten Nahost-Konflikt in Erscheinung und verstärkt sich in solchen Situationen. Daher ist es relevant, Antisemitismus nicht einfach allgemein als Diskriminierungsform zu begreifen, sondern als komplexes Phänomen, welches sich unterschiedlich ausdrückt. In der Konsequenz bedeutet dies auch, dass antisemitische Diskriminierung nicht zwingend über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bearbeitbar ist.



Exkurs:

Antisemitismus und das AGG

Antisemitische Diskriminierung ist in Deutschland durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) untersagt, auch wenn Antisemitismus darin nicht ausdrücklich benannt wird. Gleichwohl erfasst das AGG antisemitische Diskriminierung nur eingeschränkt. Denn Jüdische Identität wird über die geschützten Merkmale *ethnische Herkunft* und *Religion* lediglich unzureichend abgebildet, ebenso bleiben spezifische Erscheinungsformen des Antisemitismus unberücksichtigt. Zudem ereignen sich antisemitische Vorfälle häufig in Lebensbereichen, die nicht vom Anwendungsbereich des AGG erfasst sind, oder äußern sich in Form von Bedrohungen und Beleidigungen. Vor diesem Hintergrund ist es für Berater*innen zentral, die Leerstellen des AGG zu kennen und bei Bedarf weitere rechtliche Grundlagen, insbesondere das Strafgesetzbuch (StGB), heranzuziehen.²⁸

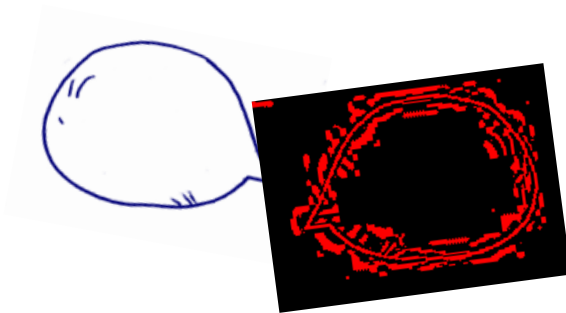
Betroffene erfahren Antisemitismus in unterschiedlichen Lebensbereichen, etwa in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder im öffentlichen Raum. Antidiskriminierungsberatung im Kontext von Antisemitismus muss daher die spezifischen Ausdrucksformen des Antisemitismus kennen und einordnen können. Ebenso ist es zentral, jüdische Perspektiven anzuerkennen und aktiv einzubeziehen. Neben der individuellen Unterstützung kommt somit auch der Vernetzung mit jüdischen Gemeinden, zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Stellen eine wichtige Rolle zu, um antisemitischer Diskriminierung wirksam entgegenzutreten und präventive Maßnahmen nachhaltig zu stärken.

28 Für weitere Informationen zu Antisemitismus im Kontext des AGG vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2025) sowie Chechelnizki/Hötzel/Kuklinski (2026).

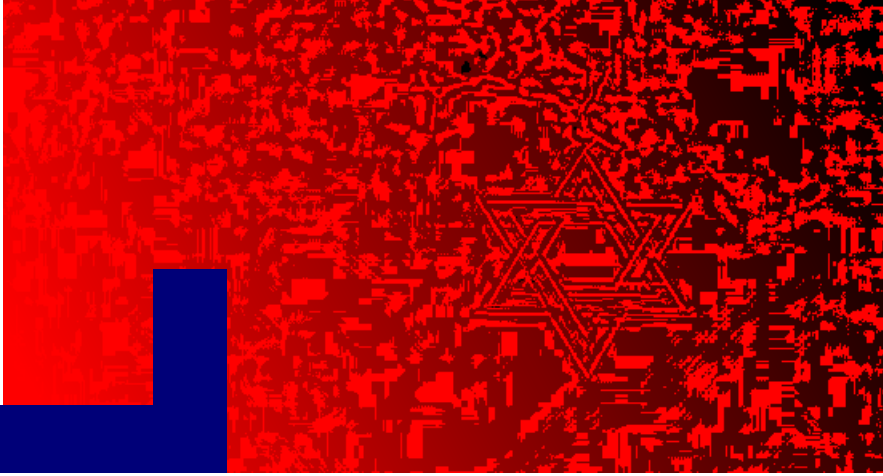
Aspekte antisemitismussensibler Beratungsarbeit

Aus den zuvor dargestellten Erkenntnissen ergeben sich zentrale Aspekte und Standards für eine antisemitismussensible Beratungsarbeit in unterschiedlichen Beratungsfeldern, die im Folgenden zusammengefasst werden.

Eine grundlegende Voraussetzung antisemitismussensibler Beratung ist es, Antisemitismus als eigenständiges und wandelbares Phänomen mit einer historischen Kontinuität zu verstehen. Antisemitismussensible Beratung geht damit über eine allgemeine Sensibilität für Diskriminierung hinaus. Sie erfordert Kenntnisse über unterschiedliche Erscheinungsformen von Antisemitismus, seiner besonderen Funktionen sowie gesellschaftlichen Wirkung. Dieses Wissen ist nicht selbstverständlich, sondern muss aktiv erworben werden, etwa durch Fachliteratur, Fort- und Weiterbildungsangebote oder den fachlichen Austausch mit spezialisierten Stellen. Insofern ist es ratsam, wenn Beratungsstellen eine Offenheit für die Thematisierung von Antisemitismus signalisieren und diese auch öffentlich kommunizieren.



Eine grundlegende Voraussetzung antisemitismussensibler Beratung ist es, Antisemitismus als eigenständiges und wandelbares Phänomen mit einer historischen Kontinuität zu verstehen.



Ein weiterer zentraler Standard ist die Anerkennung der Erfahrungen der Ratsuchenden sowie jüdischer Perspektiven. Gerade bei antisemitischen Vorfällen erleben Betroffene häufig Zweifel oder Bagatelisierungen ihres Erlebens, auch in institutionellen Kontexten. Antisemitismussensible Beratung setzt dem eine klare Parteilichkeit entgegen, indem sie die Perspektiven der Betroffenen ernst nimmt und ihre Wahrnehmungen nicht vorschnell in Frage stellt. Dies schließt eine sensible Haltung gegenüber innerjüdischer Vielfalt mit unterschiedlichen Selbstverortungen, Lebenslagen und Betroffenheiten ausdrücklich ein. Dabei ist auch die bereits beschriebene postsowjetische Migrationsgeschichte vieler Jüdinnen* Juden und damit einhergehende kulturelle und soziale Prägungen zu berücksichtigen. Ein praktischer Ansatz wäre es hierfür, russischsprachige Beratung oder eine entsprechende Übersetzungsmöglichkeit anzubieten.

Für die Beratungspraxis bedeutet dies insgesamt, Beratungsprozesse und -räume so zu gestalten, dass mögliche jüdische Biografien und Identitäten mitgedacht werden, auch wenn sie im Beratungsverlauf keine vordergründige Rolle einnehmen. Beratende sollten sich bewusst sein, dass Erfahrungen von Antisemitismus auch dann relevant werden können, wenn sie nicht ausdrücklich benannt werden, und dass sie den Beratungsprozess beeinflussen können. Dabei sollten auch Sicherheitsaspekte beachtet werden, indem zum Beispiel sichergestellt wird, dass die jüdische Identität gegenüber Dritten nicht bekannt wird. Zu einem sensiblen Umgang kann auch gehören, Beratungsgespräche oder öffentliche Veranstaltungen so zu planen, dass sie nicht auf hohe jüdische Feiertage oder den Beginn des Shabbat am Freitagabend fallen und dadurch auch für jüdische Menschen gut wahrnehmbar sind.

Darüber hinaus ist Reflexivität ein zentraler Bestandteil professioneller antisemitismussensibler Standards. Beratende sind gefordert, sich mit eigenen Wissensbeständen, möglichen Leerstellen und auch unbewussten antisemitischen Denkmustern auseinanderzusetzen. Dies betrifft nicht nur das individuelle professionelle Handeln, sondern ebenso Rahmenbedingungen, Routinen der Fallbearbeitung oder Kooperationsstrukturen, die antisemitische Ausschlüsse unbeabsichtigt reproduzieren können. Denn eine fehlende antisemitismuskritische Sensibilität kann dabei selbst zur Zugangsbarriere werden. Um es praktisch zu formulieren: Wenn eine Beratungsstelle beispielsweise Personen beschäftigt oder mit Akteur*innen zusammenarbeitet, die sich wahrnehmbar antisemitisch oder israelfeindlich geäußert haben, kann dies für viele jüdische Ratsuchende ein relevanter Faktor sein, sich mit ihrem Anliegen nicht an diese Stelle zu wenden.

Schließlich macht die Komplexität antisemitischer Diskriminierung deutlich, dass antisemitismussensible Beratungsarbeit auf Vernetzung angewiesen ist. Sie sollte interdisziplinär angelegt sein und bei Bedarf spezialisierte Fachstellen im Rahmen einer Verweis- oder Co-Beratung einbeziehen, insbesondere dann, wenn antisemitische Vorfälle mit weiteren Problemlagen wie psychosozialen Belastungen, rechtlichen Fragen oder Sicherheitsbedenken einhergehen. Falls es möglich ist, können auch Kooperationen mit jüdischen Gemeinden vor Ort bezüglich bestimmter Beratungsangebote geschlossen werden.

Zusammenfassend steht antisemitismussensible Beratung für eine professionelle Praxis, die Antisemitismus in seiner Vielschichtigkeit ernst nimmt, unterschiedliche jüdische Lebensrealitäten berücksichtigt und Beratungsangebote entsprechend sensibel und verantwortungsvoll gestaltet.

חי



Beispielhafte Beratungssituationen mit jüdischen Ratsuchenden

Im Folgenden möchten wir anhand exemplarischer Beratungssituationen darstellen, welche Anliegen bei jüdischen Ratsuchenden eine Rolle spielen können und worauf hierbei zu achten ist. Bei jedem der Vorfälle ist es sinnvoll, diese bei RIAS zu melden.

Beispiel Migrationsberatung:

Ein jüdischer Mann, der aufgrund des Krieges aus der Ukraine geflohen ist, wendet sich an eine Migrationsberatung, um Unterstützung bei aufenthaltsrechtlichen Fragen zu erhalten. Im Verlauf des Gesprächs berichtet er von antisemitischen Anfeindungen in der Erstaufnahmestelle in Deutschland, die sich nach seinem Eindruck auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas beziehen.

Worauf sollte geachtet werden:

- **Mögliche Doppelbelastung:** Der Ratsuchende erlebt israel-bezogenen Antisemitismus, der als solcher erkannt werden muss. Diese Erfahrung von Antisemitismus ist bereits eine starke Belastung, verdoppelt sich möglicherweise noch vor dem Hintergrund bestehender Flucht- und Kriegserfahrung. Beides sollte ernst genommen werden.
- **Sprachliche Barrieren:** Die Beratung wird erleichtert, wenn russisch- oder ukrainischsprachige Berater*innen den Fall übernehmen oder eine entsprechende Übersetzung hinzugezogen wird.
- **Einbindung in die jüdische Community:** Falls gewünscht und möglich, kann Kontakt zu der nächstgelegenen jüdischen Gemeinde aufgenommen werden. Hierbei kann geklärt werden, ob der Ratsuchende zusätzlich an die Sozialberatung²⁹ der Gemeinde angebunden oder ein Aufnahmeprozess initiiert werden kann.

²⁹ Nicht jede Gemeinde verfügt über eine eigene Sozialabteilung. Für kleinere Gemeinden gibt es die Möglichkeit, Unterstützung über die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden (ZWST) zu erhalten.



Beispiel Frauenberatung:

Eine jüdische Frau wendet sich an eine Frauenberatungsstelle wegen partnerschaftlicher Gewalt. Im Gespräch wird deutlich, dass sie zusätzlich antisemitische Abwertungen durch den nichtjüdischen Partner erlebt hat, die gezielt ihre jüdische Identität angreifen. Aus Angst vor Stigmatisierung hat sie bislang gezögert, Hilfe in Anspruch zu nehmen. In dem Gespräch verwendet sie mehrfach Begriffe aus dem Judentum (wie z. B. *Mikwe*³⁰).

Worauf sollte geachtet werden:

- **Intersektionale Perspektive:** Die Beratung muss sowohl die misogynen und geschlechtsspezifischen Gewalt als auch ihre antisemitische Dimension berücksichtigen.
- **Wissen über das Judentum:** Die zuständige Beraterin sollte sich Wissen über jüdische Riten und Traditionen aneignen und diese als Teil der Lebenswelt der Ratsuchenden beachten.
- **Rechtliche Relevanz betrachten:** Das Gewaltdelikt der Körperverletzung kann durch die antisemitische Abwertung möglicherweise als politisch motivierte Kriminalität gewertet werden und weitere Straftatbestände berühren. Darauf sollten Ermittlungsbehörden im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung aufmerksam gemacht werden,

30 Eine Mikwe (auch: Mikwa) ist ein sog. »Ritualbad oder Tauchbad und dient der rituellen Reinigung.« (Zentralrat der Juden, o. J.)

Beispiel Antidiskriminierungsberatung:

Ein Schwarzer jüdischer Vater wendet sich an eine Antidiskriminierungsberatungsstelle. Seine elfjährige Tochter erlebt in der Schule sowohl rassistisches als auch antisemitisches Mobbing. Abwechselnd wird sie mit dem ‚N-Wort‘ bezeichnet und als ‚Jude‘ beschimpft. In ihre Hefter werden Hakenkreuze geschmiert. Der Vater des Mädchens möchte rechtlich gegen die Diskriminierungen vorgehen.

Worauf sollte geachtet werden:

- **Intersektionale Perspektive:** Die Berater*innen müssen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Rassismus und Antisemitismus kennen und benennen können, ohne das jeweils andere zu relativieren oder außer Acht zu lassen.
- **Wissen um die rechtlichen Möglichkeiten:** Da der Bildungsbereich nicht durch den Bund, sondern durch die Länder geregelt wird, findet das AGG hier keine Anwendung. Zugleich sind Hakenkreuze verfassungswidrig und strafbar: möglicherweise ließe sich darüber ein Weg finden, den Vorfall auch rechtlich aufzuarbeiten.
- **Mögliche Doppelbelastung:** Auch innerhalb der jeweiligen Communities können Diskriminierungen stattfinden, die es für die Betroffenen zusätzlich schwerer machen, sich an Beratungsstellen zu wenden oder Anschluss zu finden.



Beispiel Schuldnerberatung:

Eine ratsuchende Person kommt in die Schuldnerberatung, weil ihr wegen Mietrückständen von ihrem Vermieter mit einer Kündigung gedroht wird. Im Laufe des Beratungsgesprächs erzählt die Person von einer Situation mit ihrem Vermieter, in der er sie auf ihren jüdisch gelesenen Nachnamen anspricht. Dabei fiel die Aussage, dass sie als jüdische Person doch mit Geld umgehen können müsse und dass es verwunderlich sei, dass sie Mietrückstände habe. Die Person kann die Situation nicht einordnen, ist völlig aufgelöst und fängt an zu weinen, als sie das erzählt.

Worauf sollte geachtet werden:

- Wissen um antisemitische Stereotype: Die Vorstellung, jüdische Menschen müssten mit Geld umgehen können, ist ein altes antisemitisches Stereotyp. In der Beratung muss dieses klar benannt werden und die Wahrnehmung der ratsuchenden Person legitimiert werden.
- Rechtliche Relevanz betrachten: Die antisemitischen Aussagen des Vermieters in Bezug auf die Mietrückstände können in diesem Lebensbereich nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz eine verbotene Diskriminierung darstellen.
- Vernetzung zu spezialisierten Fachstellen: Bei starker emotionaler Belastung bietet sich der Kontakt zur bundesweit arbeitenden Beratungsstelle OFEK an, bei der Ratsuchende unkompliziert anrufen und auch psychologische Unterstützung erhalten können.

Ablaufplan bei antisemitischen Vorfällen

Kommt es zu einem antisemitischen Vorfall oder berichten Ratsuchende von entsprechenden Erfahrungen, reagieren viele Menschen – auch Fachkräfte in der Beratung – zunächst mit Verunsicherung oder fühlen sich überfordert. Um in solchen Situationen Orientierung zu geben, skizzieren wir im Folgenden mögliche Handlungsschritte.

Klärung der Situation

- Wie ist die Kontaktaufnahme?
 - durch Betroffene selbst; vermittelt durch andere Fachkräfte oder sonstige Dritte; proaktive Kontaktaufnahme durch Beratungsstelle.

- Was ist vorgefallen?
 - Ggf. Unterstützung bei der Anfertigung eines Gedächtnisprotokolls anbieten – dabei Belastung durch Wiedergabe des Erlebten mitdenken.
 - Wer ist betroffen? Wie viele Betroffene gibt es?
Gibt es Zeug*innen?
 - Anbieten, dass auch Zeug*innen und andere Betroffene beraten werden können.

- Gibt es eine anhaltende Bedrohungslage? Welche Schutzmöglichkeiten sind vorhanden?
 - Klärung von Sicherheitsfragen und -bedürfnissen

- Bei antisemitischer Äußerung: Um welche Erscheinungsform handelt es sich? Steht hinter der Äußerung ein antisemitisches Weltbild oder ein unbewusstes Stereotyp?
Gibt es einen politischen oder religiösen Hintergrund?
 - Erkennen und Benennen von Antisemitismus

- Ersteinschätzung strafrechtliche Relevanz
 - ggf. bei der Erstattung einer Strafanzeige unterstützen

- Sind bereits Maßnahmen getroffen worden? Wer ist über den Vorfall/ die Vorfälle informiert?



Handlungsoptionen

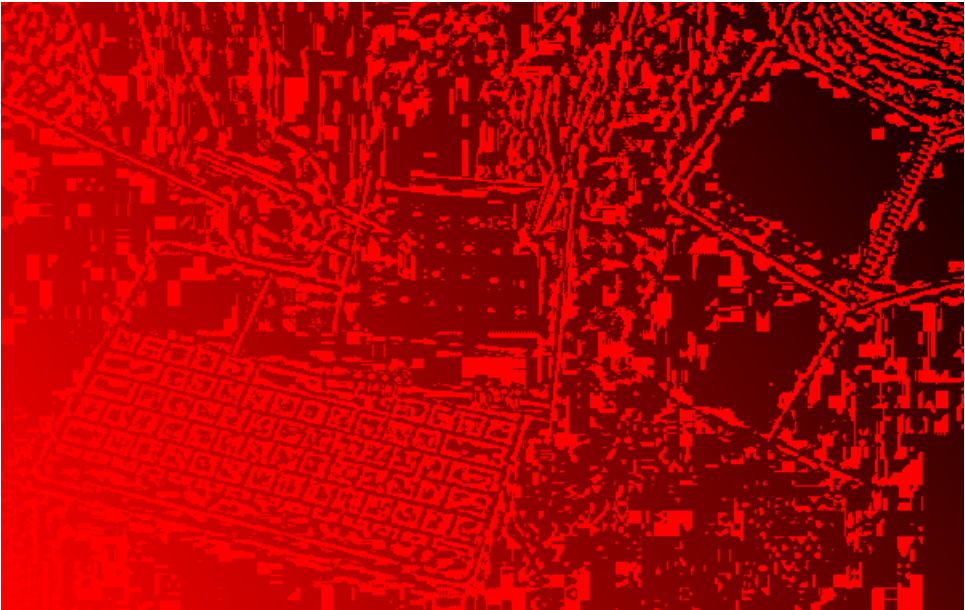
- Was wünschen sich die Betroffenen? Welche Bedürfnisse werden geäußert?
- **Die Wünsche der Betroffenen stehen im Mittelpunkt**, auch wenn sie nicht in jedem Fall den fachlichen Einschätzungen der Berater*innen entsprechen. Gleichwohl müssen auch die Grenzen des beraterischen Handelns transparent gemacht werden.

- Möglichkeiten zur Beendigung der akuten Bedrohungslage.

- Ist eine Verweisberatung sinnvoll, möglich oder gewünscht?
- Sollte eine spezialisierte Fachstelle einbezogen werden? Besteht Bedarf nach psychologischer Beratung?
- Kann die Person weiterhin dort beraten werden? (Hierbei spielen Fragen von Zuständigkeit und Kapazitäten eine Rolle)
Möchte die Person weiterhin dort beraten werden? Wenn die Person nicht verwiesen werden möchte: gibt es Optionen für eine Co-Beratung mit einer Fachstelle?

- Bei antisemitischer Äußerung: Widerspruch äußern und Grenzen setzen. Zudem nachfragen: *Warum behaupten Sie, dass...?* o. Ä., um die Funktion der Äußerung zu erkennen. Ebenso sollten zunächst Person und Aussage getrennt werden.
- Erklären, dass es sich um eine antisemitische Äußerung oder Handlung handelt, ohne die verantwortliche Person als Antisemit*innen zu bezeichnen – so bleibt die Beziehungsebene erhalten. Bei eindeutig offenen oder strafbaren Aussagen sollten jedoch deutliche Konsequenzen erfolgen, ebenso wenn das Gegenüber für Widerspruch nicht erreichbar ist.

- Meldung des Vorfalls an die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
- Die Meldung an die zivilgesellschaftliche Meldestelle RIAS hilft dabei, antisemitische Vorfälle sichtbar zu machen und kann Betroffenen das Gefühl geben, dass ihre Erfahrung Beachtung findet.
- Kann in Absprache mit Betroffenen durch die Beratungsstelle oder durch Ratsuchenden selbst erfolgen.



Nachsorge



- Nachbesprechung mit Kolleg*innen und Leitungen, ggf. Thematisierung innerhalb von Supervision und kollegialer Beratung.
- Erstellung eines Gedächtnisprotokolls, dieses kann im Rahmen einer möglichen Strafverfolgung sinnvoll sein, da Aussagen von Zeug*innen bei der Polizei oder vor Gericht oft erst später aufgenommen werden.
- Kompetenzerweiterung erwirken, z. B. durch die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen.
- Fachberatung von spezialisierten Beratungsstellen in Anspruch nehmen.

Checkliste für Beratungsstellen

Im Folgenden wird beschrieben, welche Aspekte Beratungsstellen berücksichtigen sollten, um jüdische Ratsuchende angemessen zu unterstützen und präventiv gegen Antisemitismus zu handeln.

Antisemitismuskritische Perspektive

- Selbstreflexion
 - Bewusstsein für eigene Identitäten, Betroffenheiten und Leerstellen herstellen, Auseinandersetzung mit eigener (Familien-) Biografie
 - Selbstkritisch befragen: Habe ich selbst (unbewusste) antisemitische Stereotype erlernt oder verinnerlicht? Welche Gedanken und Gefühle habe ich in Bezug auf die Themen Judentum, Nationalsozialismus oder Israel? Woher kommen diese?
 - Wissen über verschiedene Formen von Antisemitismus aneignen, z. B. durch Fachliteratur oder Fortbildungen
- Eindeutig antisemitismuskritische Haltung proaktiv in der Öffentlichkeitsarbeit sichtbar machen, z. B. auf der eigenen Webseite oder Social Media Profilen
- Sensibilität für jüdisches Leben, insbesondere für den spezifischen Fall
- Bei Bedarf: koschere Ernährung bereitstellen, z. B. bei Süßigkeiten oder Snacks



- Jüdische Feiertage bei der Planung von Beratungsterminen beachten
- Bei orthodox lebenden Jüdinnen*Juden können noch weitere Aspekte zu berücksichtigen sein; bei Unsicherheiten kann eine Fachstelle oder eine jüdische Gemeinde konsultiert werden
- Jüdische Menschen sind divers; es sollte immer bei jeder betroffenen Person nachgefragt werden, was die spezifischen Bedarfe sind.

Andere Diskriminierungsformen mitdenken

- Barrierefreiheit beachten
- Bauliche Zugänglichkeit des Beratungsortes, z. B. Rampen, Türbreiten, Ebenerdigkeit, Aufzüge, Toiletten
- Barrierefreie Kommunikationsmittel und Software
- Hilfsmittel, Assistenzpersonen, Assistenzhunde zulassen
- Intersektionalität mitdenken, z. B. auch rassistische oder queerfeindliche Mehrfachdiskriminierungen sind möglich
- Altersgerechte Kommunikation
- Finanzielle Situation von Klient*innen mitdenken (z. B. bei Versand von Beratungsdokumenten zur Unterschrift frankierten Umschlag mitsenden)



Hallo
שלום
Привет
Hello

Sprache

- Russisch
- Englisch
- Hebräisch
- Deutsche Gebärdensprache
- Einfache oder Leichte Sprache nutzen
- Übersetzer*innen/ Sprachmittler*innen für Beratungsgespräche bestellen
- Übersetzungssoftware
(z. B. DeepL während Beratungsgesprächen zur Hand haben)
- Informationsmaterialien in anderen Sprachen bereitstellen

Beratung von Eltern und Kindern

- Darauf achten, die Bedürfnisse und Perspektiven der Kinder einzubeziehen und ernst zu nehmen – auch wenn dies mitunter schwer umzusetzen ist.
- Bei Bedarf weitere Stellen mit einbeziehen, z. B. Schulsozialarbeiter*innen, Jugendhilfe etc.



Sicherheitsmaßnahmen (eigene und von Ratsuchenden)

- Anonymität ermöglichen, wenn gewünscht
- Sichtschutz für Beratungsräume einrichten
- Beratungsdokumente für rechtliche Absicherung nutzen
- Haftpflichtversicherung einrichten
- Notfallpläne für unerwartete Situationen (emotionale Stresssituationen, Gefahrensituationen, gesundheitliche Zwischenfälle)
- wenn möglich und gewünscht, Verschlüsselung von Kommunikationskanälen (z. B. über PGP oder Signal)

Psychologische Unterstützung

- OFEK
- Telefonnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes 116 117
- Traumaambulanzen
- Sozialpsychiatrischer Dienst
- Liste antisemitismussensibler Therapeut*innen anlegen
- In Krisensituationen: direkt 112 rufen

Weiteres

- Vorfallsmeldung bei RIAS
- Taschentücher, Wasser, Stressbälle im Beratungsraum
- Netzwerk für Verweisberatungen knüpfen
- Dokumentation der Beratungen
- Evaluation der Beratungen



Fragen für die Selbstreflexion

- **Welche Fragen verbinden Sie mit diesem Thema?
Bei welchen Aspekten nehmen Sie Unsicherheiten oder Unbehagen wahr?**
- **Welche Erfahrungen haben Sie bislang mit Antisemitismus gemacht?**
- **Ist Ihnen bekannt, welche Rolle Ihre Familie während des Nationalsozialismus spielte? Wie setzen Sie sich mit diesem Thema auseinander?**
- **Haben Sie bereits einzelne der in dieser Broschüre angesprochenen Aspekte umgesetzt?**
- **Inwiefern sind Sie bereit, öffentlich zu kommunizieren, dass Sie auch Betroffene von Antisemitismus beraten?**
- **Welche Erfahrungen haben Sie bisher mit jüdischem Leben in Deutschland gemacht?**



Weiterführende Materialien und Literatur

Im Folgenden finden sich ausgewählte Literaturhinweise sowie weiterführende Materialien, darunter Medien und Handreichungen, die eine vertiefende Auseinandersetzung mit den jeweiligen Kapiteln ermöglichen. Die Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und versteht sich nur als erste Orientierung.

Jüdisches Leben in Deutschland

Atlas, Galit (2024): **Emotionales Erbe. Eine Therapeutin, ihre Fälle und die Überwindung familiärer Traumata.** 1. Auflage. Köln: DuMont.

Bernstein, Julia; Hövermann, Andreas; Jensen, Silke; Perl, Nathalie; Zick, Andreas (2017): **Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus.** Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Bodemann, Y. Michal (2002): **In den Wogen der Erinnerung. Jüdische Existenz in Deutschland.** München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2022): **Die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.** Online verfügbar unter: <https://www.bamf.de/Shared-Docs/Anlagen/DE/MigrationAufenthalt/juedische-zuwanderer/juedische-zuwanderung-broschuere.pdf>



Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (o. J.): **Dossier: Jüdisches Leben in Deutschland – Vergangenheit und Gegenwart.** Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturschichte/juedischesleben/>

Cazés, Laura (Hrsg.) (2022): **Sicher sind wir nicht geblieben. Jüdischsein in Deutschland.** Frankfurt am Main: Fischer.

Khaet, Arkadij; Paatzsch, Mickey (2021): **Kurzfilm: Mazel Tov Cocktail.** Online verfügbar unter: <https://bildungsmediathek-nrw.de/?record=xfwu-5523029&src=online&standort=LL> (Lizenzversion für Schulen, Anmeldung notwendig).

Landeszentrale für politische Bildung NRW (2025): **Serie: Jung und jüdisch.** Online verfügbar unter: <https://www.politische-bildung.nrw/mediathek/filme/detailseite/medien/serie-jung-und-juedisch>

Nachama, Andreas (2015): **Basiswissen Judentum.** Freiburg: Herder Verlag.

Israel als Teil jüdischer Identität

Brenner, Michael (2025): **Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates.** Von Theodor Herzl bis heute. München: C. H. Beck.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (o. J.): **Dossier: Israel.** Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/>

Bundeszentrale für politische Bildung (2018) **Israel. Informationen zur politischen Bildung**, Nr. 336. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/israel-336/>

Delisle, Guy (2011): **Aufzeichnungen aus Jerusalem** (Graphic Novel). Berlin: Reprodukt.

Hentschke, Steffi (2026): **Manchmal würde ich gern schreien. Mein Ringen um eine Haltung im Nahostkonflikt**. Berlin: Aufbau Verlag.

Schneider, Richard C. (2024): **Die Sache mit Israel. Fünf Fragen zu einem komplizierten Land**. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Segev, Tom (2006): **Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels**. München: Siedler Verlag.

Der 7. Oktober 2023 und seine Folgen



Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2023): **Beratungsanfragen zu antisemitischer Diskriminierung. Sonderauswertung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes**. Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Sonstiges/20231109_Bericht_UBAD_Antisemitismus_Beratung.pdf

Amadeu-Antonio-Stiftung (2024): **Antisemitische Allianzen nach dem 7. Oktober. Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus #13**. Online verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-13/>

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (2023): **Antisemitische Reaktionen auf den 7. Oktober**. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 7. Oktober und 9. November 2023. Online verfügbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf

Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Friederike (2025): **Bundesweite Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland.** Zwischenbericht. Berlin: Kompetenzzentrum anti-semitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS). Online verfügbar unter: <https://koas-bildungundforschung.de/wp-content/uploads/2025/09/ZwischenberichtStudieAuswirkungen7Oktober.pdf>

Hestermann, Jenny (2024): **Traumatisiert.** In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12/2024. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/naher-osten-2024/546376/traumatisiert>

Illouz, Eva (2025): **Der 8. Oktober.** Berlin: Suhrkamp Verlag.

Leshem, Ron (2024): **Feuer. Israel und der 7. Oktober.** Hamburg: Rowohlt Verlag.

Yaron, Lee (2024): **Israel, 7. Oktober. Protokoll eines Anschlags.** Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Zentralrat der Juden in Deutschland (2024): **Lagebild. Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland.** Online verfügbar unter: https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ_GC-War_3009b-1.pdf

Was ist Antisemitismus?

Amadeu Antonio Stiftung (o. J.): **deconstruct antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen.** Online verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus/deconstruct-antisemitism-2/>

Amadeu Antonio Stiftung (o. J.): **Webseite »Nichts gegen Juden.«** Online verfügbar unter: <https://nichts-gegen-juden.de/>

Anne Frank Zentrum (2020): **Antisemitismus – Geschichte und Aktualität.** Handreichung für pädagogische Fachkräfte und

Multiplikator*innen. Online verfügbar unter: https://www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Shop/Dokumente/2010_AFZ_Broschuere_Antisemitismus_RZ-Online.pdf

Bildung in Widerspruch (o. J.): **Webseite »An allem Schuld.« Wie Antisemitismus funktioniert.** Online verfügbar unter: <https://www.an-allem-schuld.de/>

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (2025): **Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024. Jahresbericht.** Online verfügbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf

Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.): **Drei-D-Test.** Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/glossar-antisemitismus/559877/drei-d-test/>

Coffey, Judith; Laumann, Vivien (2023): Gojnormativität. **Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen.** Berlin: Verbrecher Verlag.

Hauser, Katja; Hötzel, Clemens; Mentz, Paul; Salzmann, Sebastian (2020): **Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen. Wahrnehmungen und Erfahrungen jüdischer Menschen.** Online verfügbar unter: <https://www.sabra-jgd.de/wp-content/uploads/2024/05/Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Nordrhein-Westfalen.pdf>

International Holocaust Remembrance Alliance (o. J.): **Arbeitsdefinition von Antisemitismus.** Online verfügbar unter: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>

Killguss, Hans-Peter; Meier, Marcus; Werner, Sebastian (Hrsg.) (2020): **Bildungsarbeit gegen Antisemitismus.** Grundlagen, Methoden und Übungen. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Steinke, Ronen (2024, aktualisierte Neuausgabe): **Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt.** München: Piper Verlag.

Welzer, Harald; Moller, Sabine; Tschuggnall, Karoline (2014): **»Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis.** Frankfurt am Main: Fischer.

Antisemitismus und Beratung

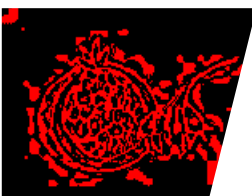
Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): **Wie wir beraten. Ein Überblick für Ratsuchende, Interessierte und Antidiskriminierungsberatungsstellen.** Online verfügbar unter: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/wir-beraten-sie/Beratungsstandards/beratungsstandards-node.html>

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2015): **Leitfaden Beratung bei Diskriminierung. Erste Schritte und Weitervermittlung: Offensive diskriminierungsfreie Gesellschaft.** Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Leitfaeden/leitfaden_verweisberatung_20121109.pdf

Antidiskriminierungsverband Deutschland (2015): **Antidiskriminierungsberatung in der Praxis. Die Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung ausbuchstabiert.** Online verfügbar unter: <https://www.antidiskriminierung.org/publikationen-des-advd/antidiskriminierungsberatung-in-der-praxis>

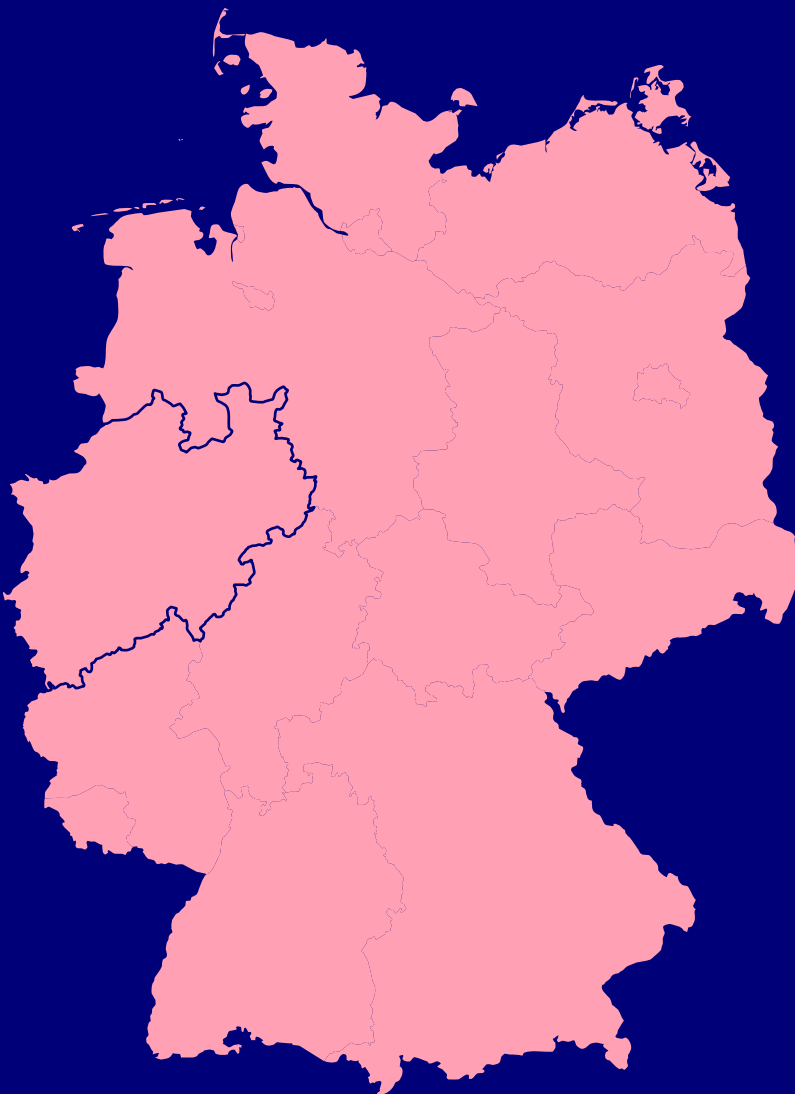
Brodén, Anne/Jagusch, Birgit (Hrsg.) (2026): **Antisemitismus in der Sozialen Arbeit.** Weinheim: Beltz Juventa.

Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Emine Gökçen (Hrsg.) (2017): **Handbuch Diskriminierung.** Wiesbaden: Springer Vs.



Fach- und Anlaufstellen

Im Folgenden findet sich eine Übersicht verschiedener Fach- und Anlaufstellen zu den Themen Antisemitismus und jüdischem Leben auf Bundes- und Landesebene.



Bundesweit



Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich seit 1998 auf vielfältige Weise gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechts extremismus und weitere Ideologien der Ungleichwertigkeit ein. Die Stiftung leistet u. a. umfassende Bildungsarbeit, bietet Unterstützung für Betroffene, macht Öffentlichkeitsarbeit und fördert eine Vielzahl von Projekten, z. B. im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus.

www.amadeu-antonio-stiftung.de



Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias)

Am 31. Oktober 2018 wurde in Berlin der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. gegründet. Er verfolgt das Ziel, mit Hilfe eines Meldeportals bundesweit eine einheitliche zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten. Mittlerweile gibt es fast in allen Bundesländern landesweit arbeitende Meldestellen.

www.report-antisemitism.de



Jüdische Studierendenunion Deutschland

Die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) ist die bundesweite Vertretung jüdischer Studierender und junger jüdischer Erwachsener in Deutschland. Sie wurde am 8. Dezember 2016 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. Die JSUD ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts innerhalb des Zentralrats der Juden in Deutschland organisiert.

www.jsud.de

Keshet Deutschland e. V.

Der Verein Keshet Deutschland e. V. setzt sich für die Interessen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und anderen queeren Menschen innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ein. Unsere Vision ist, dass jüdische LGBTIQ* Personen gleichberechtigt und sichtbar sind, in allen jüdischen Gemeinschaften in Deutschland und weltweit. Wir wollen die Rechte von und den Umgang mit queeren jüdischen Menschen in Deutschland fördern und ein offenes queeres Leben sowie queere Familien in jüdischen Gemeinden selbstverständlich machen. Wir merken, dass Keshet insbesondere für junge Menschen einen wichtigen Anlaufpunkt und sicheren Raum bietet, um die eigene Identität zu finden und zu entfalten.

www.keshetdeutschland.de

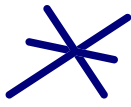
kompetenz zentrum

ANTISEMITISMUSKRITISCHE
BILDUNG & FORSCHUNG

Kompetenzzentrum Antisemitismuskritische Bildung und Forschung

Das Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung in Trägerschaft der Zwst entwickelt seit seiner Gründung im Jahr 2014 innovative und nachhaltige Ansätze, Projekte und Bildungsprogramme, um Antisemitismus in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wirksam entgegenzutreten. Im Rahmen seiner Bildungsarbeit sensibilisiert und qualifiziert das Kompetenzzentrum bundesweit Multiplikator*innen, Fachkräfte und Entscheidungstragende und setzt zielgruppenspezifische Fortbildungen und Schulungsformate um.

www.koas-bildungundforschung.de



KOVA
Kooperationsverbund
gegen Antisemitismus

Kooperationsverbund gegen Antisemitismus

Der Kooperationsverbund gegen Antisemitismus (KOVA) ist ein Zusammenschluss von sechs bundesweit tätigen jüdischen und nichtjüdischen Organisationen im Themenfeld der antisemitismuskritischen Bildung, Forschung und Erfassung von antisemitischen Vorfällen. KOVA bietet zahlreiche Angebote sowohl für Personen, die von Antisemitismus betroffen sind, als auch für Akteure aus den Bereichen Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die sich gegen Antisemitismus engagieren. www.kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de/



Meet a Jew

Meet a Jew

»Meet a Jew« ist ein Begegnungsprojekt des Zentralrates der Juden in Deutschland. Ziel ist es, aktuelles jüdisches Leben in Deutschland durch persönliche Begegnungen erfahrbar zu machen. Ehrenamtliche jüdische Jugendliche und Erwachsene besuchen Schulen, Hochschulen, Vereine und weitere Einrichtungen. In Gesprächsrunden berichten sie aus ihrem Alltag, geben Einblicke in die Vielfalt jüdischen Lebens und beantworten Fragen. Im Mittelpunkt steht der niedrigschwellige Austausch auf Augenhöhe, um stereotype Vorstellungen zu hinterfragen und unterschiedliche jüdische Perspektiven sichtbar zu machen. www.meetajew.de/



OFEK e. V. - Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

OFEK e. V. ist die eine Fachberatungsstelle, die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung spezialisiert ist. OFEK berät, begleitet und unterstützt bundesweit Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug*innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. Neben der Beratung von Betroffenen organisiert OFEK auch psychologische und rechtliche Unterstützung. OFEK steht parteiisch an der Seite der Ratsuchenden und bringt jüdische Perspektiven in die gesellschaftliche und politische Debatte ein.

www.ofek-beratung.de



Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) bildet den Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. Als Dachorganisation vertritt die ZWST die jüdischen Gemeinden und Landesverbände auf dem Gebiet der jüdischen Sozialarbeit. Sie ist einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

www.zwst.org

Nordrhein-Westfalen

Die Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen
für die Bekämpfung des Antisemitismus,
für jüdisches Leben und Erinnerungskultur



Beauftragte für die Bekämpfung Antisemitismus des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur initiiert und koordiniert präventive Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung in Nordrhein-Westfalen und fungiert als Ansprechpartnerin für Opfer antisemitischer Übergriffe. Das Amt wird derzeit von der Staatsministerin a. D. Sylvia Löhrmann ausgeübt, die Tätigkeit erfolgt ehrenamtlich und unabhängig. Die Antisemitismusbeauftragte und ihr Team vernetzen Akteur*innen der Antisemitismusprävention und stellen jährlich Fördermittel für die Umsetzung von Projekten gegen Antisemitismus zur Verfügung.
www.antisemitismusbeauftragte.nrw



Back Up / Opferberatung Rheinland

Die Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp sind die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Die OBR ist im Rheinland (Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf) und BackUp in Westfalen-Lippe (Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster) zuständig. Die Beratungsteams beider Projekte unterstützen Betroffene, deren Angehörige sowie Zeug*innen nach rechten, rassistisch oder antisemitisch motivierten Angriffen und Bedrohungen und arbeiten mit ADIRA und SABRA zusammen. Ebenso veröffentlichen die beiden Beratungsstellen jährlich eine Statistik zu rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen.
www.backup-nrw.org / www.opferberatung-rheinland.de



Fachstelle gegen Antisemitismus Köln

Die Fachstelle gegen Antisemitismus (FgA) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln bietet Beratung für Betroffene von antisemitischen Vorfällen, dokumentiert diese und setzt Bildungsangebote zum Thema Antisemitismus. Sie ist eine zentrale Anlaufstelle in Köln für Unterstützung, Beratung und Meldung von Antisemitismus.
<https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/Beratung-zu-Antisemitismus>



Jüdisches Museum Westfalen

Jüdisches Museum Westfalen

Das Jüdische Museum Westfalen in Dorsten vermittelt jüdische Religion, Geschichte und Kultur mit regionalem Schwerpunkt. In Dauer- und Sonderausstellungen thematisiert es historische Entwicklungen ebenso wie die Gegenwart jüdischen Lebens und setzt sich mit Antisemitismus in Deutschland auseinander. Als außerschulischer Lernort ergänzt das Museum seine Ausstellungsarbeit durch Bildungs- und Vermittlungsangebote, darunter Führungen, Workshops und wissenschaftliche Projekte.
<https://www.jmw-dorsten.de/>



KÖLNISCHE GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT E.V.

Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit

Die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit ist die größte der bundesweit bestehenden Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Diese setzen sich für den interreligiösen Dialog zwischen Christ*innen und Jüdinnen*Juden ein. Darüber hinaus realisiert die Kölnische Gesellschaft landesweite Projekte in den Bereichen Beratung und Bildungsarbeit mit dem Schwerpunkt Antisemitismus.

www.koelnische-gesellschaft.de/



Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung ist ein Angebot für Menschen, die Unterstützung nach rechtsextremen Vorfällen suchen oder sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen. Sie leistet Hilfe zur Selbsthilfe, bietet Hintergrundinformationen sowie Analysen und erarbeitet gemeinsam mit den Hilfesuchenden Handlungsstrategien. Beraten werden Einzelpersonen, Gruppen und Vereinigungen, runde Tische, Vereine, Verbände, Verwaltungen, Schulen und andere. In Nordrhein-Westfalen gibt es in jedem der fünf Regierungsbezirke ein Team der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus.

www.mobile-beratung-nrw.de/



RIAS NRW

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) nimmt Meldungen über antisemitische Vorfälle auf und dokumentiert diese nach einheitlichen Kategorien. Ziel ist es, ein umfassendes Bild von antisemitischen Vorfällen zu erhalten, die jährlich in Berichten statistisch aufbereitet werden. Abhängig von den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen oder der Meldenden vermittelt RIAS NRW an entsprechende Beratungs- und Anlaufstellen.

www.rias-nrw.de

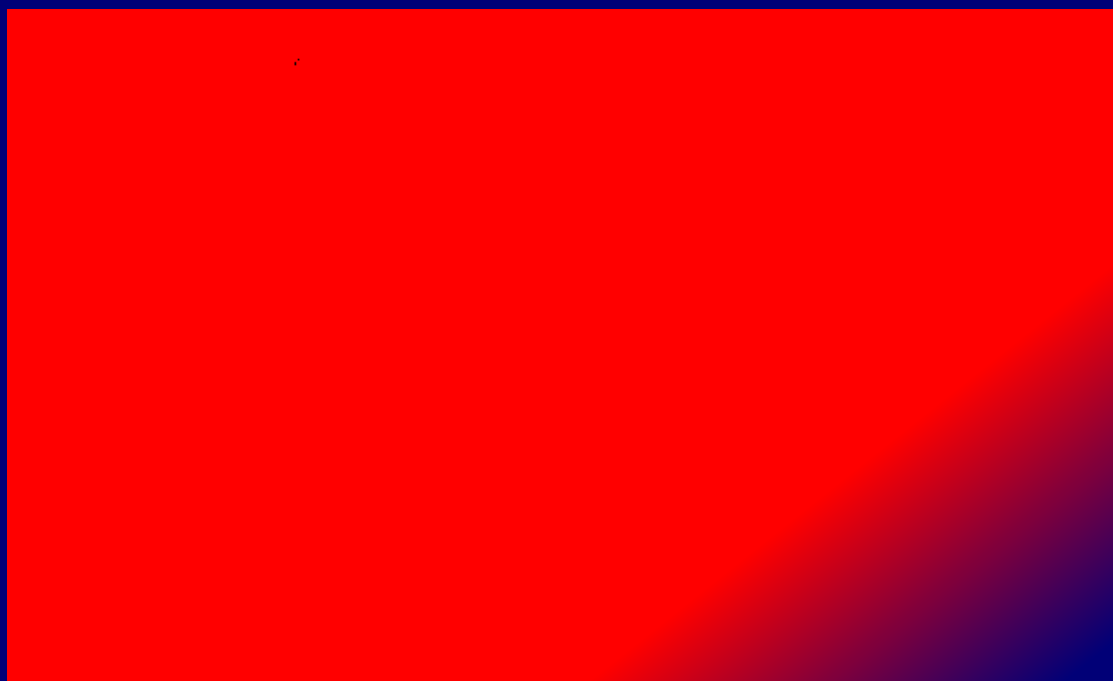
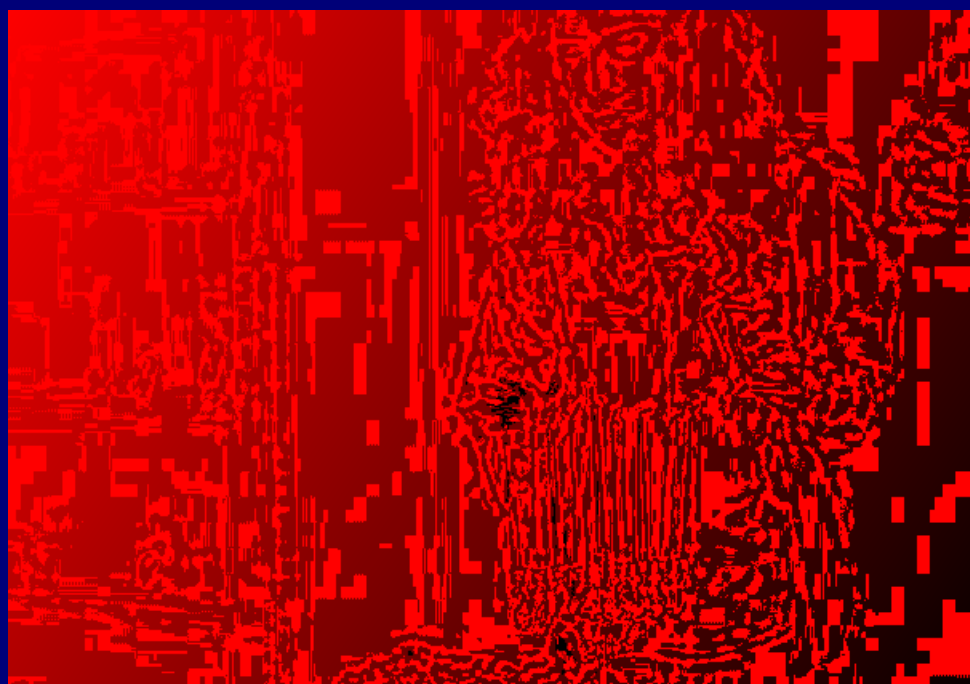
*

ZWEIT ZEUGEN e.V.

Zweitzeugen e. V.

Der Verein Zweitzeugen ermutigt und befähigt (junge) Menschen, durch das Weitergeben der Geschichten von Überlebenden des Holocaust selbst zu zweiten Zeug*innen, also zu Zweitzeug*innen zu werden, und sich gegen Antisemitismus in der Gegenwart einzusetzen. Dazu bietet der Verein Workshops für Schulklassen und Multiplikator*innen an und setzt Ausstellungen und Veranstaltungen um.

www.zweitzeugen.de



Quellenverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2025): **Antisemitismus und Diskriminierung in Deutschland. Rechtliche Einordnung und Fälle.** Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Sonstiges/20250930_Faelle_Antisemitismus.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Zuletzt abgerufen am 16. 01. 2026.

Antidiskriminierungsverband Deutschland (2015): **Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung. Eckpunktepapier des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland.** Online verfügbar unter: https://static1.squarespace.com/static/57ea-5d2920099e3d1d3c150b/t/57fcdd273e00beed98220521/1476189483497/Eckpunktepapier_adv.pdf Zuletzt abgerufen am 11. 02. 2026.

Bloch, Sara (2023): **Diversität im Judentum.** In: religion.ch. Online verfügbar unter: <https://www.religion.ch/blog/diversitaet-im-judentum/>. Zuletzt abgerufen am 23. 01. 2026.

Brenner, Michael (2018): **Eine Bewegung schafft sich ihren Staat: Der Zionismus.** In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Nr. 336, 1/2018. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/israel-336/268889/eine-bewegung-schafft-sich-ihren-staat-der-zionismus/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (2023): **Antisemitische Reaktionen auf den 7. Oktober.** Online verfügbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Chechelnizki, Ruth/Hötzel, Clemens/Kuklinski, Katja (2026): **Antidiskriminierungsberatung für Betroffene von Antisemitismus**. In: Broden, Anne/Jagusch, Birgit (Hrsg.): Antisemitismus und Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa, S. 153 – 167.

Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Friederike (2024): **Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland**. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25–26/2024. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549359/der-7-oktober-als-zaesur-fuer-juedische-communities-in-deutschland/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Coffey, Judith/Laumann, Vivien (2021): Gojnormativität. **Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen**. Berlin: Verbrecher Verlag.

Democ e. V. (2021): **Antisemitische Parolen auf pro-palästinensischer Demonstration in Berlin**. Online verfügbar unter: <https://democ.de/artikel/antisemitische-parolen-auf-pro-palaestinensischer-demonstration-in-berlin/> Zuletzt abgerufen am 12. 02. 2026.

Gutknecht, Christoph (2013): **Gott oder G'tt? Woher die Gewohnheit stammt, den Namen des Heiligen abzukürzen**. In: Jüdische Allgemeine. Online verfügbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/religion/gott-oder-gtt/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Heinsohn, Gunnar (1988): **Was ist Antisemitismus?**, Frankfurt: Eichbor.

Hoyer, Jessica (o. J.): **Drei-D-Test**. In: Glossar Antisemitismus. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/glossar-antisemitismus/559877/drei-d-test/>. Zuletzt abgerufen am 02. 02. 2026.

Jüdischer Egalitärer Verband (o. J.): **Mitglieder – Jlev**. Online verfügbar unter: <https://jlev.de/mitglieder/>. Zuletzt abgerufen am 19. 01. 2026.

Jüdische Allgemeine (2021): **Debatte: Streit um das *Sternchen.** Online verfügbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/streit-um-das-sternchen/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Körber, Karen (2016): **Jüdische Gegenwart in Deutschland. Die Migration russischsprachiger Juden seit 1989.** In: Bundeszentrale für politische Bildung: Deutschland Archiv. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/234438/juedische-gegenwart-in-deutschland/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Küntzel, Matthias (2020): **Islamischer Antisemitismus.** Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus/>. Zuletzt abgerufen am 16. 02. 2026.

Latkes Berlin (2020): **Juden gendern.** Online verfügbar unter: <https://latkesberlin.wordpress.com/2020/10/24/juden-gendern/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Lintl, Peter/Wolfrum, Stefan (2018): **Israels Nationalstaatsgesetz. Die Regierung Netanyahu schafft Grundlagen für ein majoritäres System.** In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP Aktuell, 50/2018. Online verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2018A50_ltl_wlf.pdf. Zuletzt abgerufen am 11. 02. 2026.

Lombard, Jérôme (2022): **Halacha. Wer gehört dazu?** In: Jüdische Allgemeine. Online verfügbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/wer-gehoert-dazu/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Mediendienst Integration (2025): **Juden in Deutschland.** Online verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/bevoelkerung/juden-in-deutschland/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

oct7map.com (o. J): **Mapping the Massacres.** Online verfügbar unter: oct7map.com. Zuletzt abgerufen am 27. 01. 2026.

Rensmann, Lars (2021): **Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde.** Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus/> Zuletzt abgerufen am 11. 02. 2026.

Statista (2024): **Ranking der Länder mit den meisten Verurteilungen durch den UN-Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Zeitraum von 2006 bis 2024.** Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/995237/umfrage/laender-mit-den-meisten-verurteilungen-durch-den-un-menschenrechtsrat/> Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Union progressiver Juden (o. J.): **Geschichtliches.** Online verfügbar unter: <https://www.liberales-judentum.de/das-liberale-judentum/geschichtliches/> Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Yad Vashem (o. J.): **Lexikon über den Holocaust.** Online verfügbar unter: <https://www.yadvashem.org/de/holocaust/lexicon.html> Zuletzt abgerufen am 15. 01. 2026.

Zentralrat der Juden in Deutschland (o. J.): **Über uns.** Online verfügbar unter: <https://www.zentralratderjuden.de/der-zentralrat/ueber-uns/>. Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Zentralrat der Juden in Deutschland (o. J.): **Mikwa – Ein Symbol der Neugeburt.** Online verfügbar unter: <https://www.zentralratderjuden.de/judentum/riten-gebraeuche/mikwa-ein-symbol-der-neugeburt/> Zuletzt abgerufen am 04. 02. 2026.

Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (2022): **Factsheet zum Problem der Altersarmut unter jüdischen Zuwanderer:innen.** Online verfügbar unter: <https://zwst.org/sites/default/files/2022-01/Factsheet%20zum%20Problem%20der%20Altersarmut%20unter%20j%C3%BCdischen%20Zuwandererinnen%20%282%29.pdf> Zuletzt abgerufen am 14. 01. 2026.

Impressum und Kontakt:

Herausgebende:

SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus)
Paul-Spiegel-Platz 1
40476 Düsseldorf

Jüdische Gemeinde Düsseldorf K. d. ö. R.
Paul-Spiegel-Platz 1
40476 Düsseldorf

Kontakt:

www.sabra-jgd.de
sabra.beratung@jgdus.de
0211 94 19 59 88

ADIRA (Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus)
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 9
44135 Dortmund

Jüdische Gemeinde Dortmund K. d. ö. R.
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 9
44135 Dortmund

Kontakt:

www.adira-nrw.de
kontakt@adira-nrw.de
0231 55 74 72 51

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die beteiligten Organisationen.

SABRA und ADIRA werden gefördert durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI) im Rahmen des Programms *Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit*.

Autor innen

Ina Holev, Clemens Hötzel, Katja Kuklinski, Maria Lessik, Micha Neumann

Gestaltung

gegenfeuer.net

Druck

Druckerei Alles! Satz-Druck-Werbung
Römerstraße 7
40476 Düsseldorf

Bildnachweis:

amrandederprovinz: Illustrationen
Pexels: Cottonbro, S. 7/S. 83; RDNE, S. 10;
Vividcafe, S. 17 oben; Yaroslav Shuraev, S. 53
Unsplash: Timur Shakerzianov, S. 11; Cole Keister, S. 23 rechts/S. 29; Yoav Aziz, S. 23 links; Levi Meir Clancy, S. 21; John Cameron, S. 25; Maks Key, S. 39; Priscilla Du Preez, S. 47; David Holifield, S. 51; Vince Fleming, S. 67
RIAS Bayern: S. 9 links/S. 43; RIAS Berlin: S. 9 rechts/S. 37; Antifa-infoportal Düsseldorf: S. 40
Wikipedia : Synagoge Dortmund, Reclus CCo, S. 13; Synagoge Köln, Hans Peter Schaefer CC BY-SA 3.0, S. 13; Synagoge Düsseldorf, Wiegels CC BY 3.0, S. 13; Petar Milošević CC4.0, S. 17 unten; Takver CC2.0, S. 28; Dauerausstellung Kultur- und Tagungsstätte der Stadt Wittlich cc3.0, S. 33

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2026. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht liegt bei den Herausgebenden. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgebenden keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die Anbieter innen und Betreiber innen der Seiten verantwortlich.

1. Auflage, April 2026



SABRA

Servicestelle für
Antidiskriminierungsarbeit
Beratung bei Rassismus und
Antisemitismus



Antidiskriminierungsberatung
und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus

Antisemitismus ist ein weit verbreitetes gesellschaftliches Problem, das jüdische Menschen in ihrem Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigt. Beratungsstellen tragen daher eine besondere Verantwortung, Antisemitismus als eigenständige Form von Diskriminierung zu erkennen und ernst zu nehmen. Antisemitismussensible Beratung bedeutet, jüdische Perspektiven und Erfahrungen anzuerkennen, sie nicht zu relativieren und auch dort aufmerksam zu sein, wo Antisemitismus im Hintergrund wirkt. Die Broschüre „Beratung ohne Antisemitismus“ unterstützt Fachkräfte verschiedener Beratungsfelder dabei, Wissen über antisemitische Erscheinungsformen zu vertiefen, jüdische Lebensrealitäten mitzudenken und Beratungsangebote sicherer, sensibler und solidarischer zu gestalten.

